

Bezugspreis: Vierteljährlich 10.- M., monatlich 3.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die abgedruckte Kontraktzeile kostet 6.- M. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 20. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Parteiprogramm / Koalitionsfrage.

Börlig, 19. September, (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die Arbeit am neuen Parteiprogramm ist im Fluß. Trotz aller Zweifel und Bedenken, die geäußert wurden, ist der Börliger Parteitag entschlossen, den ersten Versuch zu machen, das Parteiprogramm fertigzustellen.

Auch damals vor 30 Jahren, als das jetzt geltende Programm beschlossen wurde, gab es heftige Kämpfe und starke Unzufriedenheit, aber jetzt, wo es zu Ende sein soll, möchte mancher das Erfurter Programm, das ja zweifellos der Partei gute Dienste geleistet hat, zu einem Heiligtum erheben, und doch reicht es für die Anforderungen der Zeit nicht mehr aus.

So bleibt denn nichts übrig, als Kritiker und Väter des Entwurfes noch einmal in einer 28gliedrigen Kommission zusammenzuführen und zu versuchen, ob sie sich nicht auf ein einheitliches fertiges Programm einigen können.

Die Programmfrage hat zunächst nur eine Stunde aufgehalten, und das ist gut so, denn es drängt den Parteitag, den großen politischen Fragen des Augenblicks näher zu kommen. Den Vorstandsbericht erstattet Franz Krüger, den Organisations- und Rassenbericht H. Bartels. Viele Gegenstände von Bedeutung werden berührt, vor allem die vielen Genossen auf der Seele brennende Sorge um die rascheste Einigung aller Sozialisten, aber im Mittelpunkt steht doch die Frage der Koalition.

antworten. Aber sie sind der Überzeugung, daß die Situation taktische Freiheit fordert.

Die politische Lage nach der Ermordung Erzbergers ist ja klar. Niemand, der sehen will, verkennt, daß die Republik schwer bedroht ist, wenn das Treiben der Reaktion in der bisherigen Weise weiter geduldet wird. Einmütig stellt sich der Parteitag hinter die Kampfansage Hermann Müllers, einmütig fordert er durchgreifende Demokratisierung der Justiz, der Verwaltung, der Schule, der Universität, der Polizei und des Heeres.

Es erheben sich Bedenken. Aus Frankfurt, Breslau und Jena sprechen Delegierte, die ihrer starken Abneigung gegen die Deutsche Volkspartei Ausdruck geben; sie treibt im Lande um die Wette Reaktion mit den Deutschnationalen. Aber Scheidemann erwidert unter der lebhaften Zustimmung des Parteitages, daß in der gegenwärtigen kritischen Zeit die Partei sich nicht auf lange Parolen festlegen könne und er gibt der Opposition den großen Trost, daß ja schließlich Koalitionen immer noch eine Eintagsfliege sind und daß das endlich dauernd Ewigebleibende die Einheit und Einigkeit aller Schaffenden ist, die Einheit in Deutschland und über Deutschlands Grenzen hinaus.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird voraussichtlich noch geraume Zeit in Anspruch nehmen, aber das Ergebnis wird schwerlich ein anderes sein, als das, daß die Fraktionen und der Parteivorstand sich freie Hand geben lassen, mit den ehrlichen Republikanern auf Grund eines bestimmten Mindestprogramms eine Regierung zu bilden und daß die formelle Wendung wegfällt, die freilich nur in Reden, nicht in Beschlüssen bestanden hat, unter keinen Umständen mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen.

Unsere Stellung zur Koalitionsregierung.

Dem Parteitag ist eine Resolution des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiaususses über die Teilnahme der Partei an einer Koalitionsregierung zugegangen, worin es heißt:

Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik wird die Sozialdemokratische Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und die einzige Partei, die von jeher ohne Einschränkung und grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform und des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Erringung der sozialistischen Gesellschaft bildet.

Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zweck mit anderen Parteien in Reich und Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

- Anerkennung der Verteidigung der Republik; Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinden; Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeikräfte; Sicherung des Ausbaus der sozialen Gesetzgebung; lokale Ausführung des Friedensdikts in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Ausbringung der dadurch bedingten Leistungen, in erster Linie durch weitgehende Heranziehung des Besitzes.

Im übrigen soll es dem Parteivorstand überlassen bleiben, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.

Die Farben der Republik.

Auf dem Börliger Parteitag ist folgender Antrag Loebe eingegangen: Um auch der äußerlichen Propaganda des Monarchismus durch das Tragen schwarzweisser Abzeichen, von Hakenkreuzen und anderen Dekorationen entgegenzutreten, empfiehlt der Parteitag den Parteigenossen, die Zahl und die Anzahl der Anhänger der Republik durch das Anlegen eines Abzeichens in den Farben der deutschen Republik sichtbar zu machen.

(Den Bericht finden unsere Leser in der ersten Beilage.)

Goldwerte für den Wohnungsbau

Von Dr.-Ing. Martin Wagner.

Die Goldmarkwerte der industriellen und ländlichen Betriebe werden in fast rasendem Tempo von den Besitzern der Anlagen mobilisiert. Die Industrie mobilisiert sie durch Ausgabe neuer Aktien und Obligationen, die Landwirtschaft durch Aufnahme von Hypotheken.

Rein! Noch gibt es Goldmarkwerte! Der städtische und ländliche Wohnhausbau konnte sie nicht mobilisieren. Wohl hat der Sturm auch auf diese Sachwerte schon begonnen. Läden und Bureaus, die vor dem Kriege 5000 M. kosteten, werden heute mit 50 000 M. und mehr vermietet. Die Goldmarkwerte der Wohn- und Geschäftshäuser haben aber ein Hindernis: die Mieterschutzgesetzgebung.

Diese Taktik der Sachwertbesitzer kommt den Mietern selber nicht klar genug zum Bewußtsein. Sie glauben sich durch Paragraphen und Behörden vor Mietsteigerungen schützen zu können und sehen nicht, daß eine Million wohnungsloser Mieter den Sachwertbesitzern die Bresse in die Mieterschutzgesetzgebung schlagen. Wer die Forderungen der Sachwert-

besitzer — trotz Mieterschutzgesetzgebung — bewilligt, der bekommt eine Wohnung.

Wie können sich die Mieter, die Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger vor ihren Feinden — den Sachwertbesitzern — und ihren notleidenden Freunden — den Wohnungslosen — schützen? Der Kampf der Mieter, der Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger muß nach zwei Fronten geführt werden.

Die eine Front gilt den Sachwertbesitzern. Bevor diese die Goldmarkwerte der Wohn- und Geschäftshäuser mobilisieren, die Mieten für Wohnungen und Bureaus auf die Papiermarkwerte treiben, d. h. sie auf das Zehn- bis Fünfzigfache steigern, muß der Besitz und die Verwaltung der Miet- und Gewerberäume in eine gemeinwirtschaftliche Hand überführt werden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben in den „Richtlinien zu einem Gesetz über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens“ die Wege gewiesen, die der Gesetzgeber zur Verfolgung dieses Zieles einzuschlagen hat.

Wir freuen uns, in diesem Ziel mit der Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Grundbesitzer in Übereinstimmung zu sein. In einem offenen Brief an den preussischen Minister für Volkswohlfahrt haben die Grundbesitzer selbst die Frage aufgeworfen: „Wollen Sie die Wohnhäuser sozialisieren? Wir Hauswirte ersuchen Sie darum! Nichts bindet uns mehr an ein Haus, das unsere wirtschaftliche Existenz bedroht und vernichtet, welches eine Quelle neuer Sorge und dauernden Verzerrers ist. Geben Sie uns unsere in den Häusern stehenden Mittel und wir werden damit irgendeinen Beruf ergreifen, der uns eine Existenzmöglichkeit bietet.“

Das in dem Haus stehende Eigenkapital der Hausbesitzer wollen wir ihnen gern verzinsen, aber nicht in Goldmark, sondern nur in Papiermark. In diesem Sinne hat auch

der Unterausschuß der Wohnungskommission des Reichstages entschieden, als er den Antrag Ruhn-Dr.-Ing. Wagner annahm, in dem es heißt:

„Der in den alten Häusern durch die allgemeine Geldentwertung mittels Erhöhung der Mieten entstehende Mehrwert der Häuser soll der Allgemeinheit für die Zwecke der Förderung des Wohnungswesens, besonders der Erstellung neuer Wohnungen zugeführt werden.“

Dem Hausbesitzer wird sein Eigenkapital ebenso wie das Kapital des Hypothekengläubigers in Papiermark verzinst. Die andere Front gilt den Wohnungslosen, die aus Not und Obdachlosigkeit heraus sich den erhöhten Forderungen der Hausbesitzer nicht werden entziehen können. Die Gefahr, die den Mietern von dieser Seite droht, ist nur dadurch abzuwenden, daß in verstärkter Weise neue Wohnräume geschaffen werden. Wir haben eine Million fehlender Wohnungen. Wir haben vor dem Kriege jährlich 200 000 neue Wohnungen gebaut und es nach dem Kriege nur auf jährlich 60 000 bis 70 000 Wohnungen gebracht.

Woher die Mittel für Wohnungsbau nehmen? Der Reichstag hat im Frühjahr dieses Jahres die zehnprozentige Wohnungsabgabe — sprich Mietsteuer — bewilligt. Diese Mittel reichen bestenfalls aus, um Zins und Tilgung für das Baukapital von etwa 50 000 Wohnungen aufzubringen. Die Sachverständigen aller Parteien waren sich darüber einig, daß dieser Weg für ein verstärktes Bauprogramm, für ein Bauprogramm, das jährlich — sagen wir 200 000 und mehr Wohnungen umfaßt, nicht beschritten werden kann.

Man entschloß sich darum, den Weg zu gehen, die Mittel zum Wohnungsbau aus der Wohnungswirtschaft selbst, und zwar möglichst direkt aufzubringen. Was heißt das? Das heißt nichts anderes, als daß die

Goldmarkwerke der alten Wohnhäuser für den Wohnungsbau flüssig gemacht werden. Die Mietsteigerung, die der Hausbesitzer sich in die Tasche stecken würde und die mit naturnotwendigem Zwang eintreten muß, wenn die Wohnungslosen in vereinten Kräften mit den Hausbesitzern und den Bauunternehmern den Mieterschutz mit elementarer Kraft beseitigen, diese Mietsteigerung soll vorweg für den Wohnungsbau flüssig gemacht werden. Die Mehrheit des Unterausschusses der Wohnungskommission des Reichstages war sich darüber im Klaren, daß eine wesentliche Mietsteigerung aber nur dann durchführbar ist, wenn den Renten-, Lohn- und Gehaltsempfängern die volle Mietsteigerung durch eine sofortige Erhöhung der Renten, Löhne und Gehälter wieder erstattet wird.

Daß diese Erhöhung der Renten, Löhne und Gehälter eine neue Welle der Geldentwertung erzeugen muß, ist klar. Diese Geldentwertung würde aber in weit stärkerem Maße eintreten, wenn die Besitzer der Goldmarkwerte — wie in der Industrie — nun auch im Wohnungswesen, die volle Umwandlung der Goldmark in die Papiermark betreiben würden. Diese Umwandlung, darüber müssen sich die Mieter im Klaren sein, bedeutet eine Mietsteigerung auf das Zehn- bis Fünfzehnfache, während die Durchführung eines verstärkten Bauprogramms schon mit der zwei- bis dreifachen Friedensmiete erreicht werden kann.

In voller Erkenntnis der durch die Erhöhung der Löhne, Renten und Gehälter erzeugten Geldentwertung hat die Mehrheit des Unterausschusses die Reichsregierung ersucht, zunächst diejenigen Goldmarkwerte flüssig zu machen, die keine Geldentwertung nach sich ziehen. Sie hat darum, dem Vorschlag des Verfassers entsprechend, die Reichsregierung ersucht, folgende Kapitalquellen für den Wohnungsbau flüssig zu machen:

Aus der Baustoffproduktion.

- Erfassung der Abbruchwerte, die einen Friedensbauwert von 10 000 M. überschreiten,
- Erfassung der Goldmarkwerte des nicht staatlichen Kuppelholzeinschlages der Wälder,
- Erfassung der Goldmarkwerte neu zu erschließender Rohstofffelder für Baustoffe aller Art,
- Erfassung des Mehrwertes, der der baustoffherzeugenden Industrie durch Steigerung der Produktion über den Umfang vom 1. Juli 1921 hinaus erwächst,
- Erfassung des Mehrwertes, der der baustoffherzeugenden Industrie durch freiwillige oder zwangsmäßige Rationalisierung der Betriebe entsteht,
- Erfassung der Salutadifferenz bei der Ein- und Ausfuhr von Baustoffen,
- Erfassung des Mehrwertes, der der baustoffherzeugenden Industrie durch Anwendung von Patenten entsteht, die von Erfindern durch Ablösung ihrer Erfinderrechte erworben sind.

Neben diesen Kapitalquellen, die die Geldentwertung nicht nach sich ziehen, hatte der Verfasser noch andere Kapitalquellen vorgeschlagen, die der Unterausschuss der Wohnungskommission des Reichstages der Reichsregierung gleichfalls zur Förderung des Wohnungsbauwesens dringend empfohlen hat.

Aus der Grund- und Gebäudewirtschaft.

- Schärfere Erfassung des Ertrages aus der Grund- und Gebäudesteuer bei denjenigen Städten und Gemeinden, deren Steuerhöhe unter dem Reichsdurchschnitt liegt,
- Schärfere Erfassung der gewerblichen Mieträume aller Art,
- Schärfere Erfassung der Mietwerte derjenigen Wohnungen, deren Friedensmietwert 2000 M. überschreitet,
- Schärfere Erfassung der Mietwerte unterbelegter Großwohnungen.

Aus der privaten Kapitalwirtschaft.

- Verwertung des in den Depositionskassen der Banken liegenden Privatkapitals für gering verzinsliche Hypotheken,
- Steuer- und Abgabebefreiung für dasjenige Privatkapital, das dem Wohnungsbau langfristige, zinslose Hypotheken zur Verfügung stellen will.

In Rübezahls Reich.

Von V. Kliche.

Die Fremdenorte des Riesengebirges haben Nachsaison; für die Hotelbesitzer und Pensionisthaber eine recht segnete. Dem guten Sommer folgte ein dankbarer Herbst. Stärker als in den beiden Vorjahren war der Zustrom der Sommerfrischler und Touristen. Und wer an den sonnigen Nachmittagen die Promenadenwege Oberschreiberhaus entlang streift, dem bietet sich ein farbenfrohes Bild aus dem Sonnendasein der alten wie der neuen Reichen.

Die Natur im Riesengebirge ist herrlich. Trotz des trockenen Sommers grüne Wälder und Wiesen. Stolz emporstrebende Fichten in den Gründen und Tälern, oben auf dem Kamm zwischen den buschigen Knieholzbeständen beschiden und stumm blauer Enzian.

Doch der Genuss der Rebe weilt genügt solches nicht; diese leichtdienende Welt will die Großstadtfrühen nicht missen. Darum neben dem Schreiberhäuser Kurtheater Konzerte, Violentunst, Fünf-Uhr-Tees, Langzähne berühmter Stars und schließlich, als amüsantester Kitzel der in teuren Gesellschaften prunkenden Damenwelt, öffentlicher Tanz für die Erstklassigen. Auf den Anklängen platzen steht verschiedentlich zu lesen: „Personen im Touristenanzug und solchen, die in einem dienenden Verhältnis zu den übrigen Gästen stehen, ist der Zutritt untersagt.“

Wenige Minuten hinter den Stätten des Luxus und der gesellschaftlichen Oberflächlichkeit liegt ein Ort ewigen Fleißes und harter Arbeit: die Josepphinenhütte. An weißrotglühenden, glutgefüllten Kesseln stehen hier, nur mit Hemd und Hose bekleidet, die Glasbläser. Gesunde Lungen und scharfe Augen erfordert ihre Kunst. Dräben in der Schleiferei schluden die Kollegen jahrein, jahraus den schädlichen Staub und werden häufig Opfer der Glasmacherkrankheit. Die Hütte gehört, wie so vieles andere, dem großen Herrn des Riesengebirges; Rübezahl heißt er im Märchenbuch, im wirklichen Leben nennt man ihn Reichsgraf von Schaffgotsch. Besitzer eines Areals von etwa 80 000 Hektar Wald- und Wiesenlandes, von Schlössern, Gütern, Fabriken, Hotels und Bädern.

Oben, den Kamm entlang, führt die Grenze. Sie Deutsche, die Tschachoslawen! Der Ausgang des Krieges hatte scharfen Wirtschaftsstreit zur Folge. Um die Bauden wird der Kampf geführt. Manches deutsche Unternehmertum ging in tschechischen Besitz. Doch das Geschäft blüht, und im nächsten Frühjahr werden oben auf dem Kamm zwei neue große Bauden hinzukommen. . . Millionenprojekte, die sich — so hofft man — trotz aller Not und Bahnunterbrechung glänzend verzeichnen werden.

In einem milden Nachmittage schlenderte ich durch Mittel-Schreiberhaus nach den Siebenhäusern hinüber. Hier grüht aus hohen Fichten und alten Linden das nun verwalte Haus Carl Hauptmanns. Vor dreißig Jahren zogen die beiden Brüder nach den ersten Berliner Erfolgen hierher, ließen das alte Bauern-

Aus diesen Kapitalquellen lassen sich jährlich gut 5 und mehr Milliarden Mark für den Wohnungsbau flüssig machen. Die Reichsregierung hat die Pflicht, hier mit starker Hand zuzugreifen und die Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger haben sich geschloffen hinter die Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu stellen und dafür einzutreten, daß die Gemeinwirtschaft im Wohnungsbau kein Lippenbekenntnis bleibt, sondern eine Tatsache wird. Nicht „Hochkapitalismus“, sondern hoch „Gemeinwirtschaft“ muß die zukünftige Parole für jede Gewerkschaft, jede Mieter-, jede Siedler-, jede Kleingärtner- und jede Wählerversammlung werden.

Kahrs Verzicht.

Die Wahrheit über Ehrhardt — Bauer.

München, 19. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Herr v. Kahr hat die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit als Ministerpräsident auf dem Boden der Stellungnahme des Landtagsausschusses zur Frage des Ausnahmezustandes abgelehnt. Dieser Verzicht Kahrs kann deshalb als Sieg des bayerischen Fortschritts und der Reichseinheit gebüht werden.

Unter Zielbewußter Mäßigung hat die Leitung der bayerischen Sozialdemokratie es verstanden, die gesunden Kräfte in der Bayerischen Volkspartei in ihrer Ablehnung von Kahr zu stärken und die von den Deutschnationalen angekauften zu sondieren.

Heute morgen noch, kurz vor der Entscheidung, rief die „Münchener Post“ die heuchlerische Maskierung, mit welcher der bayerische Staatssekretär das System Kahr-Poehner gegen Berlin bedecken wollte, herunter. Sie schreibt:

„Wir haben guten Grund anzunehmen, daß die Absegnungen des Staatssekretärs nicht in allen Punkten der Wahrheit entsprechen. Der Staatssekretär hat in gutem Glauben wiedergegeben, was Herr Poehner von seinen Beziehungen zu den Kapp-Offizieren mitzuteilen für gut fand. Eine nähere Untersuchung würde den geistigen Vorbehalt aufdecken, der Herrn Poehner gestattete, seinen sträflichen Verkehr mit dem Kapitän Ehrhardt in Abrede zu stellen, weil der Kapitän sieben Monate nach dem Haftbefehl, dem Polizeipräsidenten zuliebe, anders hieß als zuvor.“ Weiter schreibt unser Parteiblatt:

„War es dem Herrn Staatskommissar unbekannt, daß Oberst Bauer öfter in einer Münchener Pension gewohnt hat? War es dem Herrn Staatskommissar unbekannt, daß Oberst Bauer wiederholt in einer anderen Pension einen Gefinnungsfreund besucht hat, der sich seines freundschaftlichen Verkehrs mit Poehner und Ludendorff vor Zeugen gerühmt hat? Ist es unwahr, daß Oberst Bauer diesen Herrn

am Samstag, den 10. September, zum letzten Male besuchte? Will Herr Poehner auf Dienstfeld erklären, daß er durch diesen Herrn von der Anwesenheit des Obersten Bauer in München nie Kenntnis erlangt hat? Wir ersuchen auch Herrn Kolb, seine satonische Erklärung zu ergänzen und präzise festzustellen, ob er niemals von dem Aufenthalt staatsbrüchlicher verfolgter Herren in Bayern während seiner Amtsdauer etwas erfahren hat?“

Die gegnerische Presse, vor allem die Leitung der Christlichen Gewerkschaften, bemüht sich fortgesetzt, das Verhalten der bayerischen Sozialdemokratie, vor allem die Ankündigung des äußersten Widerstandes gegen eine Rückkehr des Systems Kahr, als „Drohung mit der Strafe“ und dem Terror darzustellen. So wird unser Kampf um Verwirklichung eines wahren demokratischen Staatswesens zum terroristischen Akt verzerrt. Die bayerische Sozialdemokratie sinnt nicht auf Gewalt um jeden Preis. Wenn sie einer fortgesetzten Vergewaltigung des demokratischen Prinzips das Mittel des Generalstreiks entgegensetzt, so ist das ein Akt der Notwehr gegen undemokratische Strebungen, zur Beseitigung eines reichsfeindlichen und landesverräterischen Systems. Wird Reichstag und Republik mit unsäuerlichen Mitteln bedroht, so wird sie imstande sein, diese Drohung mit denselben Mitteln abzuwehren.

Wie sehr es der bayerischen Sozialdemokratie gelungen ist, die einmütige und vorbehaltslose Wiederberufung Kahrs zu verhindern, beweist die Stellungnahme des bekannten bayerischen Bauernführers Dr. Heim. Er sprach auf einer Bauernversammlung in Lünterhausen mit viel Temperament und mit seinen bekannten Ausfällen gegen Berlin und die Weimarer Verfassung; aber er stellte die

haus mit einem neuen Obergeschoß versehen, und hausten hier einträchtig, bis Bruder Gerhart, mammonbeschwert, sich auf dem Wiesenstein im benachbarten Agnetendorf ein neues Heim errichten ließ. Im Gegensatz zu ihm blieb der Sucher und Grübler Carl sein Leben lang ein bescheidener, mit Stückgütern wenig gefegneter Mann. Und als er im letzten Vorfrühling starb, hinterließ er seiner jungen Witwe und seinem einjährigen Töchterchen nicht mehr als das nun zum Verkauf stehende Besitztum in Schreiberhaus. Nur zwei Zimmer sind heute noch dem Gedenden des Verstorbenen gewidmet, die übrigen Räume bewohnt bereits mit einer zahlungsfähigen Berliner Familie.

Drunten auf dem stillen Friedhof in Nieder-Schreiberhaus ruht der tote Dichter von den Sorgen und Enttäuschungen seines Lebens aus. Freunde sammeln öffentlich das Geld zu einem würdigen Denkmal.

Die Jugend-Volksbühne eröffnete am Sonnabend nachmittags ihre neue Spielzeit glücklich und vielversprechend mit „Kaim und s Bauer als Millionär“ in der Volksbühne. Seit Jahresfrist hat diese fruchtbare Ergänzung und Bollendung der Volksbühnenidee sich ohne viel Aufheben praktisch eingeführt und bewährt. Die Arbeiterkinder brauchen sich nun nicht länger mehr mit den zweifelhaften Jugendvorstellungen der Geschäftstheater abgeben zu lassen, die z. T. minderwertige Bearbeitungen der Märchenstoffe in unzulänglichen Aufführungen bieten. Getreu der Volksbühnen-tradition wird edles, für unsere Jugend sorgsam ausgewähltes Gut in bester Form geboten. Die Jugend braucht sich nicht länger durch Kitsch und für sie eigens präparierten Schund den Geschmack und mehr verderben zu lassen. Die Volksbühnenarbeit setzt an der Wurzel ein und vermittelt der empfänglichsten, dankbarsten und reinsten Zuschauerenschaft feilsche und künstlerische Eindrücke, die für ihr ganzes päteres Leben bedeutungsvoll sind.

Kaim und s ist das denkbar beste Programm für die Jugend. Er ist der Jugenddramatiker, weil er selbst jung geblieben ist im Herzen und im Schauen. Sein hoher stiller Ernst, sein stetigster Glaube an das Gute im Menschen ist eingeleitet in die sinnfällige und eindringliche Form des Zaubermärchens. Der jugendliche Mensch erlebt diese Welt mit einer Hingabe, die uns Velteren leider meist abhanden gekommen ist. Die Aufführung der Volksbühne gab eine schöne Probe davon. Da herrschte ideale Theaterfreude, Ausstattung und Märchenzauber, da war ein so inniges Miteinander der Schicksale, daß die Darsteller selber davon mitgerissen wurden. Vor solch einem Publikum zu spielen muß höchste Genugung gewähren. Scherz und Ernst bewegten gleich stark die innerlich gespannten und glühend erregten Scharen. Unvergesslich prägte sich den jungen Seelen dies wunderbare Abbild eines geäußerten Lebens ein, und die Verkörperungen aller bösen und guten Geister des Menschen waren der phantastischen Jugend so wirklich und lebendig wie die Menschentypen.

Dank der Volksbühne, die ihre besten Regie- und Darstellerleistungen — sie sind unseren erwachsenen Lesern bereits bekannt — an das schön gelungene Werk festsetzt

Forderung „zurück zu Kahr“ keineswegs auf. Er rechnete scharf mit denen ab, die rechts von der Bayerischen Volkspartei stehen, und sagte: „Von dieser Seite lassen wir uns die Verhältnisse in Bayern nicht verkaufen. Wir brauchen eine Politik der Geduld und nicht eine Politik der Krakeels.“

Was wird nun werden? Kahr ist ausgeschaltet. Die wütende „Zurück-zu-Kahr-Propaganda“ in Stadt und Land ist gescheitert. Die alte Koalition ist schwer erschüttert. In der Demokratischen Partei ist die Anti-Kahr-Strömung durch die letzten Hochbeinigkeiten des Eginministerpräsidenten so stark geworden, daß eine Zustimmung der bayerischen Demokraten zu einer Wiederberufung Kahrs nicht zu erhoffen war. Der Gegensatz zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten fand keine äußerliche Bestätigung durch die Kontroverse zwischen Dr. Heim und dem Handelsminister Hamm, die Heim auf der erweiterten Versammlung mittelste. Der eigentliche Urheber der Ministerkrise sei Hamm gewesen, da er im Ministerrat erklärt habe, unter Aufhebung des Belagerungszustandes verstünde er eine Aufhebung in einer Frist von 8 bis 10 Tagen. Auf der anderen Seite ist die bayerische Mittelpartei schwer verknüpft, weil die Bayerische Volkspartei — trotz der Schimpfereien des Ministers Oswald — an ihren Ausschlußbeschlüssen gegen eine Wiederkehr Kahrs festhält. Ihr Wiedereintritt in die Koalition wäre nur durch die Erhaltung des alten Regimes zu erkauften gewesen. Da haben die bayerischen Zentrumsleute, wie aus Stimmen der Bayerischen Volkspartei mit aller Einheitslichkeit zu entnehmen war, folgendes jesuitische Ausschlußfaktum gefunden: Kahr wird Staatspräsident, falls dieser Posten jemals bewilligt werden sollte, und Ministerpräsident wird ein Beamter. Der ehemalige Staatsrat Schmelzle, der seit Jahr und Tag dem Ministerpräsidenten Kahr die öffentlichen Reden versetzt, hätte dem Vorzug gehabt, selbst eine Ministerrede machen zu können. Es würde aber von ihm abgesehen, da er Kahr zu nahe stand. Heute abend wird als voraussichtlicher Nachfolger Kahrs mit aller Bestimmtheit der Staatssekretär im Reichspostministerium v. Spingl genannt. An einen Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung denkt im Augenblick niemand. Selbst die Demokraten haben dies als unwahrscheinlich bezeichnet. Trotz alledem ist die Arbeit unserer Genossen, die Steine, welche sich zwischen eine Verständigung von Reich und Bayern gelegt haben, hinwegzuräumen, nicht umsonst gewesen und wird nicht umsonst bleiben, ob sich die Sozialdemokratie innerhalb oder außerhalb der Regierung befindet.

Warum Kahr nicht mehr will.

München, 19. September. (M.B.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Ministerpräsident Dr. von Kahr hat an den Landesausschuss der Bayerischen Volkspartei aus Verchtsgaden unter dem 18. d. M. folgendes Schreiben gelangen lassen:

Die Bayerische Volkspartei hat mich heute gebeten, mich neuerdings für die bevorstehende Kabinettsbildung als Ministerpräsident dem Landtag zur Wahl zu stellen. Für diesen Ausdruck des Vertrauens danke ich bestens. Unverbrüchlich halte ich an den Grundgeden der Bayerischen Volkspartei fest. Als neu gewählter Ministerpräsident wäre ich aber in der Zwangslage, mich nun auf den Boden des Beschlusses des ständigen Landtagsausschusses vom 11. d. M., der mich zum Rücktritt bestimmt hat, zu stellen. Ich könnte dies aber auch heute mit meiner grundsätzlichen Auffassung über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten nicht vereinbaren. Aus diesem Grunde lege ich mich leider nicht in der Lage, das vertrauensvolle Anerbieten der Bayerischen Volkspartei anzunehmen.

Mit diesem Telegramm bestätigt Kahr neuerdings, daß er ohne Belagerungszustand nicht regieren kann. Mit dem Belagerungszustand kann nach dem bekannten Worte Canovars jeder Einzelregieren. Was danach ein Mann ist, der nur mit Belagerungszustand regieren kann, sich für ein Selbstzeugnis ausstellt, mag der Leser kombinieren.

Dr. Heim über die politische Lage.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Heim hat gestern in einer Versammlung der Christlichen Bauernvereine in Lünterhausen über die politische Lage gesprochen, und dabei erklärt, wenn es zu einem Generalstreik kommen sollte, so würden die Bauern den Generalstreik auf der ganzen Linie mitmachen. Gegen den Reichstagsminister Dr. Heim stark Stellung und erklärte, noch niemals habe sich ein

Erste internationale Tagung für Sexualreform. In der Montag-Sitzung spricht Dr. Friedländer über die biologischen Grundlagen der weiblichen Geschlechtsempfindung und erklärt es für eine irrtümliche Anschauung, dem Weibe ein geringeres Triebleben zuzusprechen als dem Manne. Jede Sexualreform müsse diese Tatsache in Rechnung stellen, besonders durch eine Erleichterung der Ehescheidung. Dr. Hiller fordert die Aufhebung gesetzlicher Strafordnungen für die Beistimmung sexueller Minderheiten, soweit durch diese kein drittes Interesse verletzt werde.

Eine ausführliche Diskussion steht über die staatliche Regelung der Prostitution ein, bei der der zugelassene Vertreter der Hamburger Organisation der Kontrollmädchen die Hofnung der Prostituierten beibehalten sehen will, solange die kapitalistische Gesellschaftsform bestünde. Von den abolitionistischen Organisationen, insbesondere von Frau Senator Kirchhoff-Bremen, wurde ihm scharf entgegengetreten. Zwei Anträge werden einer besonderen Kommission überwiesen. Prof. von Ehrenfeld-Brag gibt in einer Reihe von Vorträgen die Grundlinien einer Verbesserung der geltenden gesetzlichen und sozialen Sexualordnung. Diese werden gleichfalls einer Kommission überwiesen. Sie brechen prinzipiell mit der Auffassung, daß es Sache des Staates sei, sexuelle Handlungen zu verbieten, bei denen Vergewaltigung oder öffentliches Uergernis nicht gegeben sei. Die Ehescheidung durch Willenserklärung soll möglich sein. Dr. Schwaiger baut die Reform der Ehescheidung aus: sie soll auf das Verlangen eines Teiles eintreten; die Verträge über den Unterhalt der Kinder sollen freigegeben werden. Dem Staat bleibt das Recht, das Verfahren auszusagen, um eine Ueberlegungsfrist der Parteien herbeizuführen und den Unterhalt der Nachkommen zu sichern.

Ein neues altmärkisches Heimatmuseum. Ein eigenes Heimatmuseum hat jetzt Frankfurt a. d. O. erhalten. Die Konrad Strauß im „Kunstwanderer“ berichtet, birgt es eine Anzahl schöner Werke altmärkischer Kunst. Das Haus selbst ist ein prächtiger Bau aus dem Ende des 18. Jahrhunderts, besitzt in seinen Haus- und Stubentüren wahre Meisterstücke alter Tischlerkunst, und die alten Kochöfen sind Zeugnisse des ehemals hochentwickelten Frankfurter Handwerkes. Man findet ein „Biedermeierzimmer“, ein „Kofolozimmer“, ein „Münzzimmer“, ein „Frankfurter Dichterszimmer“ mit Erinnerungen an Ernst von Wildenbruch, Cwald und Heinrich von Kleist. Ein reiches Material ist im „Amungszimmer“ vereinigt. Der stimmungsvollste Raum ist das Kirchenszimmer.

Kirchenkonzerte. Am Dom verankelter Professor Walter Fischer am nächsten Donnerstag, 8 Uhr, ein Orchesterkonzert, bei welchem Eise Bachmann-Ragen (Alt) und Karl Baumgartner (Bass) mitwirken. Der Eintritt ist frei gegen Entnahme eines Programms. — Die nächste Abendmusik in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche veranstaltet Fritz Heilmann am Donnerstag, den 22. 8 Uhr mit Werken von Bach und Regner. Mitwirkende: Marie Adria Gantner-Miesmann (Sopran) und Hans Baffermann (Violin).

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Die regelmäßigen Vorträge beginnen am 24. September. In diesem Abend wird Dr. Max Habel im Bürgeraal des Berliner Rathauses um 7 1/2 Uhr über „Geistiges Bau und unsere Zeit“ sprechen.

Parteitag und Koalitionsproblem.

Erster Sitzungstag.

(Eigentl. Drahtbericht des „Vorwärts“)

Berlin, den 19. September 1921.

Franz Krüger berichtet weiter über die Tätigkeit des Parteivorstandes:

Die USPD hat unsere Stellung zur Koalition mit bürgerlichen Parteien als „Verrat“ bezeichnet, aber ihre eigene Haltung ähnelt jetzt verzweifelt diesem „Verrat“.

Den Unabhängigen fehlt der Mut, die selbsterkannte Wahrheit zu vertreten.

Als größte Fraktion der Stadtverwaltung Berlin lehnt die USPD dem eigenen Magistrat den Stuhl ab. Die Unabhängigen müssen, wenn die Einigung kommen soll, die Rindereien lassen und mit uns ernste politische Arbeit leisten.

Wenn ein Aufruf der USPD sagt, was die Einigung der Arbeiterklasse vermöge, habe der Rapp-Butsch gezeigt, so müssen wir daran erinnern, daß die Kommunisten damals jede Beteiligung am Kampf abgelehnt haben und die Unabhängigen erst zur Einigung durch die Gewerkschaften gezwungen werden mußten.

Wenn man in Chemnitz und Frankfurt a. M. mit der SPD gegen Gewalttaten von rechts demonstriert, so demonstriert man nächstens vielleicht mit den Deutschnationalen gegen die Tutsipolitik der Kommunisten.

Wenn man in Chemnitz und Frankfurt a. M. mit der SPD gegen Gewalttaten von rechts demonstriert, so demonstriert man nächstens vielleicht mit den Deutschnationalen gegen die Tutsipolitik der Kommunisten.

Politische Staatslenkerei ist es auch, wenn man die Partei der Kommunisten unbedenkenlich hin und her wie ein Spielzeug des imperialistischen Krieges, damit die Sowjets ruhig weiterkämpfen können.

Es ist gelinde gesagt eine politische Geschmacklosigkeit, wenn Organisationsfragen unserer Partei dazu sich gebrauchen lassen, kommunistische Dreißblätter, die in maßlosen Beschimpfungen gegen uns ocker haben, vor dem Verbot zu schützen.

Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei wurde erwünscht abgelehnt. Die Bedingungen, die in Kassel aufgestellt wurden, waren Bedingungen für einen etwaigen Wiedereintritt in die Regierung.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Wichtig, weil wir grundsätzlich der Deutschen Volkspartei ablehnend gegenüberstehen, sondern weil die praktische Politik der Partei nach unserer Meinung unvereinbar war mit den Grundgedanken, die wir für einen Teilnehmer an der Reichsregierung stellen wollten.

Über die

Frage der Befestigung an der preussischen Regierung

Ist damit nicht endgültig erledigt, sie ist heute aktueller als je. Der Gegensatz zwischen dem Reich und Bayern, dem von Preußen unterstützten Bayern, zeigt uns, daß wir mit aller Kraft versuchen müssen, die bürgerlichen Parteien zu zwingen, mit uns zu regieren unter den Voraussetzungen, die die Partei annehmen kann.

Unsere Errungenschaft ist die Republik.

Unsere Errungenschaft ist das demokratische Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Die Sozialdemokratie kann nicht heute die Verteidigung unserer Errungenschaften aus der Hand geben. Wir können heute die Macht allein nicht ausüben, wir können nicht auf Weltrevolution und Diktatur warten, um in aller Eile die Republik ihren Gegnern und schärfsten Feinden zu überlassen.

Aber wir müssen für die Republik noch die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den bürgerlichen Parteien gewinnen. Wir müssen alle die zusammenschließen, die bereit sind, ehrlich für die Republik einzutreten.

Wenn wir die gesamte bürgerliche Welt zusammenreißen, dann ist der Schutz der Republik nur noch möglich im Wege des Bürgerkrieges.

Wir sind bereit, an künftigen Koalitionsregierungen teilzunehmen und knüpfen diese Bereitschaft an keine bestimmte Partei. Wir können weder sagen: mit denen und denen unter allen Umständen, aber auch nicht unter keinen Umständen.

Es kommt uns nicht auf den Namen an.

Sondern darauf, welche Politik die Regierung treiben wird.

Die Parteien sind in den verschiedenen Ländern sozial ganz verschieden zusammengesetzt. Seit zwei Jahren ist das deutsche Parteiwesen in ständiger Entwicklung, die noch nicht abgeschlossen ist. Im Zentrum hat das Arbeiterelement schon wieder wesentlich an Einfluss verloren. Die Demokraten sind auf dem besten Wege, die alte, veränderte Fortschrittspartei zu werden.

Sozialisierung und Besitzsteuer kann man am Ende mit Stresemann besser beraten als mit Gothein.

Der darüber Verworren nicht zu sprechen ist. Die alten Dingen sind die Demokraten eine bedeutungslose Partei geworden.

In der Deutschen Volkspartei sind verschiedene Strömungen. Ein Teil sucht Anschluss an die Deutschnationalen, ein anderer Teil will gemeinschaftlich mit der Sozialdemokratie den Bürgerkrieg vermeiden und Deutschland wieder aufbauen.

Die Mehrheit im Parlament hat noch keine arbeitsfähige und produktive Regierung. Es müssen möglichst alle produktiv tätigen Kräfte hinter ihr stehen. Deshalb müssen wir ein Programm aufstellen, mit welcher wir uns koalieren können.

In diesem Mindestprogramm müssen wir alles ausschließen, was wir bei den bürgerlichen Parteien nicht durchsetzen können. Sozialistische Politik läßt sich in einer solchen Koalition nicht treiben, wohl aber können wir

die Republik sicherstellen.

Die bisherigen Erklärungen der Deutschen Volkspartei in dieser Beziehung sind ungenügend.

Sie muß sich nicht nur bereit erklären, Republik und republikanische Verfassung zu schützen, sie muß auch die monarchistische Propaganda im Lande einstellen, die gewalttätige Übergriffe erzeugt und allen Desperados Vorschub leistet.

Boraussetzung für die Regierungsteilnahme muß die Einigung über ein Steuerprogramm

sein, das Besch und große Einkommen in vollem Umfang und ertragreich befaßt. Die Regierung muß bereit sein, die Verwaltung, Polizei und die Reichswehr zu republikanisieren.

ohne den Münchener Vorbehalt

„wie ich es auffasse“. Wir fordern nicht mehr als, was jede Regierung für Deutschland leisten muß. Welche Partei uns die notwendigen Garantien für die Durchführung dieses Programms gibt, das werden wir in jedem einzelnen Falle zu prüfen haben.

Die Frage der Regierungsbildung ist die wichtigste Frage für die Zukunft des deutschen Volkes. Die Stellung unserer Partei im Volke beruht nicht auf Schlagworten, sondern das Interesse des Proletariats muß uns dabei leiten.

Wir wollen an der Regierung teilnehmen, aber nicht unter allen Umständen, nicht um jeden Preis, nicht als Anhänger einer Regierung, die von rechtsbürgerlichen Geschäftspartnern geleitet wird, sondern nur

in einer Regierung, die unser Mindestprogramm durchführt.

Die Massen erwarten von uns unverrückbare Verfolgung unserer Endziele, aber auch unausgesetzte praktische Arbeit für ihre Verwirklichung. Das Vertrauen der Massen gilt nicht unserem Programm als einem Stück Papier, sondern es will die Durchsetzung unserer Gedanken. Wir brauchen klare Erkenntnis der Möglichkeit in der Frage der Regierungsbildung und der Politiken, welche die Größe der Partei uns auferlegt.

In steigendem Maße wieder der Sozialdemokratie zuwenden.

Die Zunahme der Mitglieder um 3,4 Proz. mag rein äußerlich genommen gering erscheinen; aber man muß, wenn man sie richtig bewerten will, die ungeheure Leistung, die Arbeitslosigkeit, die Schwierigkeiten in den belebten Gebieten und auch die Förderung des Indifferenzismus durch die Spaltung der Arbeiterbewegung in Betracht ziehen.

Dieser günstigen Entwicklung bei den männlichen Mitgliedern steht selber ein Rückgang bei den weiblichen Mitgliedern gegenüber.

Zwei weitere 18 Bezirke eine weitere Zunahme auf, aber in 14 Bezirken sind die Verluste zum Teil recht erheblich. Daraus ergibt sich die Hälfte der weiblichen Mitglieder und auch in Magdeburg und Pommern ist der Rückgang groß. In den

beiden letzten Jahren haben etwa 30 000 weibliche Mitglieder der Organisation den Rücken gekehrt. Das ist sehr schmerzhaft und muß anders werden.

Ersreulich ist die Entwicklung bei der Arbeiterjugend. Otto Braun ist nach seinem Austritt aus der preussischen Regierung wieder in den Parteivorstand gewählt worden.

Die hohen Zuschüsse bei der „Neuen Zeit“ und der „Kommunalen Praxis“ könnten durch regere Agitation leicht vermindert werden.

Die Parteipresse hat sich leidlich entwickelt, allerdings stehen wir hier vor schweren wirtschaftlichen Nöten.

Die Belegzahl hat keine wesentliche Steigerung erfahren, sie beträgt rund 1,3 Millionen.

Aus den Uberschüssen der Parteigeschäfte sind der Parteikasse etwa 500 000 M. zugeflossen. Eine Anzahl Parteigeschäfte kommen ihren Verpflichtungen durchaus nicht nach. Die Einkaufszentrale hat sich gut entwickelt. Die Erwerbung einer eigenen Papierfabrik dürfte die finanzielle Leistungskraft der Partei übersteigen, wenn uns nicht ein günstiger Zufall zu Hilfe kommt.

Die Schaffung einer Pensionskasse wird vorbereitet.

Die Buchhaltung Vorwärts hat sich gut entwickelt und ihren Umsatz verdreifacht. Sie hat einen Kartellvertrag mit H. N. B. Dieh abgeschlossen und den sozialistischen Verlag Cassierer übernommen.

Die Parteikasse schließt mit einem Heilbeitrag von rund einer Million ab. Die Wahlen der letzten beiden Jahre haben der Partei insgesamt die für unsere Verhältnisse riesige Summe von 10 Millionen eingebracht.

Die Parteibücherei ist um eine Million im Jahre gestiegen und das Gesamtbild ist günstig. Ein Beweis für die Stärke und Kraft unserer Organisation. Uns gibt weder Stinnes noch Moskauer Geld, wir leben unabhängig nach allen Seiten nur von den Beiträgen der uns vertrauenden Volksgenossen.

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet Bräune-Frankfurt a. M.: Beschwerden gegen den Parteivorstand sind nicht eingegangen, die Kasse war in bester Ordnung, wir beantragen Entlastung. (Bravo!)

Weitere Begrüßungstelegramme sind eingegangen von Otto Landsberg aus Brüssel (Beifall), von den im Abwehrstreik befindlichen Arbeitern der Grube Erica und von hungernden Arbeitern in Insterburg. Damit schließt die Vormittagssitzung kurz nach 1 Uhr.

Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung erstattet Althaus-Elberfeld den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Unwesentlich sind 278 Delegierte, 20 Vertreter der Reichstagsfraktion, 17 Mitglieder des Parteivorstandes, alle 9 Mitglieder der Kontrollkommission, 39 Mitglieder des Parteiausschusses und 4 Mitglieder der Programmkommission. Proteste liegen nicht vor, so daß alle 378 Mandate für gültig erklärt werden.

Heinrich Schulz spricht über die Stärkung der Bildungs- und Jugendbewegung im letzten Jahre. Die Arbeiterjugendbewegung arbeitet jetzt tatkräftig und sachgemäß. Auch mit den Bildungsbestrebungen geht es vorwärts. Der erste sozialdemokratische Kulturtag in Dresden war ein Erfolg. Die Sonderorganisationen der Lehrer sind berechtigt, wenn in ihnen die Lehrer sich in erster Linie als Sozialdemokraten fühlen.

Markwald-Frankfurt a. M.: Das Verbot deutschnationaler Blätter läßt sich zur Not rechtfertigen, weil sie unter dem Schutze der Klassenjustiz jede Mordbege treiben konnten, aber die Kommunisten packt schon der Staatsanwalt, wenn sie sich strafbar machen. Ein Winkelblätchen zu verdrängen, das bloß darauf lauert, Melkame damit zu machen, ist weder gerecht, noch politisch klug.

Vorbereitung für die Regierungsbildung mit der DSP.

(Sehr wahr!) Natürlich wird die DSP alles unterschreiben und natürlich wird Stinnes zu ihrem linken Flügel gehören; aber die Klassenverteilung der Industrie wird alle volkreundlichen Forderungen sabotieren, die sie unterschreibt.

Die Deutsche Volkspartei muß draußen im Lande monarchistisch sein, sie würde die Mehrzahl ihrer Anhänger an die Deutschnationalen verlieren, wenn sie ehrlich republikanisch handelte.

Die Arbeiterklasse würde im schlechten Sinne radikalisiert und dadurch eine gefährliche Politik gelehrt. Lassen Sie immer den Gedanken der Einigung der Massen ausschlaggebend sein! (Beifall.)

Ellenbarth-Hamburg: Die Frage ist die, wie schützen wir die Republik und die Verfassung? Wir haben gesagt, wenn die Reaktion wieder ihr Haupt erhebt, dann würden wir sie so abführen lassen, daß sie das Wiederkommen für immer verzieht.

Die Arbeiterklasse würde im schlechten Sinne radikalisiert und dadurch eine gefährliche Politik gelehrt. Lassen Sie immer den Gedanken der Einigung der Massen ausschlaggebend sein! (Beifall.)

Ellenbarth-Hamburg: Die Frage ist die, wie schützen wir die Republik und die Verfassung? Wir haben gesagt, wenn die Reaktion wieder ihr Haupt erhebt, dann würden wir sie so abführen lassen, daß sie das Wiederkommen für immer verzieht.

Die Arbeiterklasse würde im schlechten Sinne radikalisiert und dadurch eine gefährliche Politik gelehrt. Lassen Sie immer den Gedanken der Einigung der Massen ausschlaggebend sein! (Beifall.)

Die Arbeiterklasse würde im schlechten Sinne radikalisiert und dadurch eine gefährliche Politik gelehrt. Lassen Sie immer den Gedanken der Einigung der Massen ausschlaggebend sein! (Beifall.)

Die Arbeiterklasse würde im schlechten Sinne radikalisiert und dadurch eine gefährliche Politik gelehrt. Lassen Sie immer den Gedanken der Einigung der Massen ausschlaggebend sein! (Beifall.)

Die Arbeiterklasse würde im schlechten Sinne radikalisiert und dadurch eine gefährliche Politik gelehrt. Lassen Sie immer den Gedanken der Einigung der Massen ausschlaggebend sein! (Beifall.)

Die Arbeiterklasse würde im schlechten Sinne radikalisiert und dadurch eine gefährliche Politik gelehrt. Lassen Sie immer den Gedanken der Einigung der Massen ausschlaggebend sein! (Beifall.)

Die Arbeiterklasse würde im schlechten Sinne radikalisiert und dadurch eine gefährliche Politik gelehrt. Lassen Sie immer den Gedanken der Einigung der Massen ausschlaggebend sein! (Beifall.)

Die Arbeiterklasse würde im schlechten Sinne radikalisiert und dadurch eine gefährliche Politik gelehrt. Lassen Sie immer den Gedanken der Einigung der Massen ausschlaggebend sein! (Beifall.)

schleien und die parteilastigen Fragen in reaktionären Zeitungen erörtern. Das erschwert unsere Agitation. Wir müssen zur Tat übergehen und auch einmal nach links einen Schritt tun. (Zuruf: Welchen?) Die Einigung kommt nicht durch feindliche Rechenzettel zustande, dazu ist das Ziel viel zu hoch. Wir sind gegen eine Verbindung mit der Deutschen Volkspartei, mit der wir vielleicht rechts ein wenig gewinnen, aber links viel mehr verlieren würden. (Beifall)

Dr. Knack-Hamburg: Die Förderung und Vertiefung der sozialistischen Wissenschaft ist das Gebot der Stunde. Wir müssen dabei hüten vor allzu großer Engherzigkeit und dürfen uns nicht hermetisch absperrern. Bei der Regierungsbildung müssen wir uns vor allzu großer Angst vor den Bürgerlichen hüten und endlich mehr Vertrauen zu unserer eigenen Kraft haben. Es ist beschämend für eine große Partei, wenn sie immer noch links und rechts guckt, statt geradeaus zu sehen und das zu tun, was die Stunde gebietet. (Beifall) Die Stunde aber gebietet keine fruchtlose Opposition, sondern das Festhalten an einer Regierung bis zum letzten Moment. Deshalb stellt sich die Hamburger Delegation geschlossen hinter die Resolution des Parteivorstandes. (Beifall)

Eggerstedt-Kiel: Wenn es nur nach unserem guten Willen ginge, dann würden wir die Regierung nur mit Demokraten und Unabhängigen bilden, aber so liegen die Dinge nicht. Agitatorisch ein Unterschied bestehen in dem Zusammengehen mit den verschiedenen bürgerlichen Parteien, tatsächlich ist es aber ganz gleich, mit welcher bürgerlichen Partei wir eine Regierung bilden, denn über die Grundfragen für die Umformung unseres Wirtschaftslebens besteht kein Unterschied bei den Bürgerlichen, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen. Wir haben uns in Kassel in eine Sackgasse verannt, und aus ihr müssen wir möglichst schnell heraus, deshalb ist auch Schleswig-Holstein mit der Resolution des Parteivorstandes einverstanden.

Bielser-Hoisdütel: Wir kommt es nicht auf die Volkspartei oder eine andere Partei an, sondern auf unsere Stellung in der Regierung. Die Resolution des Parteivorstandes fordert unmögliche Grundlagen unserer Regierungsbildung.

Loeber:

Ich möchte den Antrag begründen, der die Parteigenossen auffordert, die Abzeichen der deutschen Republik zu tragen. Wir hatten uns auch äußerlich in die Defensive drängen lassen. Hakenkreuzer und Stahlhelmschlinge sowie Schutz- und Trugbündler beherrschen die Straßen und die Böhnen. Hier gilt es zu zeigen, ein wie großer Teil des deutschen Volkes bewußt republikanisch ist, wie viele Arbeiter, Angestellte, Beamte und einseitige Bürger zum Schutz der Republik bereitstehen. Unser Rot soll neben dem schwarzen Dunkel der Vergangenheit und dem Gold einer schöneren Zukunft nicht verschwinden. Unsere internationale Parteiflagge bleibt rot. Weiter handelt es sich aber darum, den Kampfboden zu sichern und alle mit Mut, Festigkeit und sozialer Luft zu erfüllen. Nicht im Sinne der deutschnationalen Gewalttätigkeiten und jener feigen nationalen Jünglinge, die nachts unsere Fahnen abreißen und die Wände beschmieren, sondern Mut im Sinne der Befreiung der ehrlichen Ueberzeugung der überwiegenden Mehrheit des Volkes, das den Reaktionen dadurch zusetzen will: Irrt euch nicht und seht euch nicht nach dem Tag, wo dieser Wald sich gegen euch erhebt. (Lebhafte Beifall)

Mache-Breslau: Äußerste Kampfbereitschaft ist notwendig. Schon droht von Schlestien ungeheure Gefahr, und der Parteivorstand hat nicht genug dagegen getan, die Zustände an der mittelschleischen Grenze sind nicht weit von Ungarn entfernt, und das ist die Schuld der gegenwärtigen preussischen Regierung.

Schlesien rückt von Waffen.

Die Justiz verlagert vollständig. Unsere Funktionäre wurden auf dem Lande und bis nach Breslau hinein auf Schritt und Tritt verfolgt. Abtrünnige der rechtsbolschewistischen Arbeitergemeinschaften wurden nachts durch bewaffnete aus Breslauer Hotels verschleppt. Politische Karde sind häufig. Die verhafteten Gewaltmenschen läßt die Staatsanwaltschaft wieder frei. Wir fordern sofortige Gegenmaßnahmen der Regierung gegen die verfassungswidrigen Maßnahmen und deren Durchführung unter der Kontrolle der Gewerkschaften.

Alth-Jena: Bedauerlich war die Schonung, die Krüger der Deutschen Volkspartei angedeihen ließ, während er die Unabhängigen mit Haß überschüttete. Wenn wir die Koalition mit der Deutschen Volkspartei schließen, dann sind Trennungswände zwischen uns und den Unabhängigen aufgerichtet, während die Massen nach Einigung rufen. Es ist sehr leicht, Unabhängige zu schmähen, wenn sie sich nicht verteidigen können. (Wachen.) Wir müssen die Einigung mit den Unabhängigen vorbereiten, schon um die Republik auf weite Sicht zu sichern.

Schölich-Breslau: Wir dürfen nicht unsere Taktik auf lange Zeit hinaus durch Parteitagbeschlüsse binden, sonst wiederholen wir nur den Fehler von Kassel. Minister Dominicus hat sich sehr schnell das Vertrauen der ihm mißtrauisch gegenüberstehenden Rechten erworben und nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Demokraten aus den Ämtern gejagt. Wer will, daß das anders wird, muß für die Vorstandsresolution stimmen, damit wir wieder in die Regierung hineingehen können.

Scheidemann:

Für uns muß das Wort Bassalles gelten, daß wir jederzeit alle Kraft auf einen Punkt konzentrieren müssen, und zwar auf den wichtigsten. Die Sicherung der Republik unter allen Umständen herbeizuführen, ist im Augenblick dieser wichtigste Punkt. Die Republik ist in Gefahr und wird in Gefahr bleiben, wenn es uns nicht gelingt, der Reaktion das Handwerk zu legen. (Sehr gut!) Alle reaktionäre Europas bilden bewundernd auf Horstjüngern, und das Streben aller Reaktionen in Deutschland ist, aus Deutschland nicht nur ein Bayern, sondern ein Ungarn zu machen. Herzt hat offen erklärt, daß für die Deutschnationalen die Verfassung von Weimar nur eine Episode ist und daß ihr Ziel die Wiederherstellung des Kaiserthums bleibt. Wir wissen also genau, was auf dem Spiele steht. Die Republik muß und soll geschützt werden. Wenn das nur mit solchen Palliativmitteln geschehen könnte, wie es die Verordnung des Reichspräsidenten ist, dann hätten die Reaktionen leichte Arbeit. Wir brauchen eine gründliche Reform der Verwaltung und der Justiz. Wir brauchen auch eine Reform des Schulwesens und der Universitäten. Die Universitäten sollen wieder Stätten der Wissenschaften werden und nicht länger Bruchstätten der Reaktion sein. Das will die große Mehrheit des Volkes, und danach müssen wir handeln. In die Regierung müssen die hinein, die entschlossen sind, das durchzuführen. Im Reich und in allen Gliedstaaten müssen Regierungen sein, deren Mitglieder bereit sind, zum Schutze der Republik alle Machtmittel des Staates aufzubringen.

Es ist unhaltbar, daß

im Reich gegen rechts, in Preußen mit Stegerwald gegen links regiert wird. Es ist grotesk, daß in Bayern eine deutschnational orientierte Regierung die Verordnung des Reichspräsidenten sabotiert und Landesrecht über Reichsrecht stellt. Eine Aenderung ist freilich nur möglich, wenn wir Sozialdemokraten uns frei machen von allen Schlagworten und ausschließlich mit den realen Tatsachen rechnen. (Sehr gut!) Unser Parteivorstander Wels hat einmal gesagt, daß man in jetzigem Deutschland nur Politik von einem Tag zum andern treiben kann. Dann können wir unmöglich unsere Taktik durch Vorreden auf lange Dauer festlegen. (Sehr wahr!) Eine Partei kann sich schließlich auch von einem Tag zum andern eines besseren bestimmen — dabei denke ich nicht an unsere Partei. (Heiterkeit) Wir können nur in die Regierung mit Parteien gehen, die die Verfassung respektieren; aber sie brauchen nicht unbedingt für die Verfassung gestimmt zu haben, sonst müßten wir ja die Unabhängigen ablehnen, denen wir wiederholt aus guten Gründen und ehrlicher Ueberzeugung die Mitregierung angeboten haben. Wir müssen uns frei machen von der Theorie der politischen Erbsünde. (Sehr gut!) Nicht, was eine Partei getan hat, sondern was sie zu tun bereit ist, muß ausschlaggebend sein. Als wir die Parole aussagten: Unter keinen Umständen mit der Deutschen Volkspartei, war sie absolut richtig. In der Republik kann nicht mitregieren, wer die Monarchie propagiert. Auch muß die Partei bereit sein, die notwendigen Geldquellen zu erschließen. Jede Regierungsbildung setzt ein bestimmtes Mindestprogramm voraus. Parteien, die es annehmen und bestimmte Ministerplätze uns überlassen, kann man nicht dauernd von der Regierung zurückweisen. Ein Mindestprogramm auf Vorrat ist falsch. (Sehr wahr!) Koalitionsregierungen sind nur **Arbeitsgemeinschaften, nicht Gesinnungsgemeinschaften.**

Sonst wäre ein Regieren mit dem Zentrum mindestens ebenso schwierig. (Sehr wahr!) Wir sind noch lange auf Koalitionen angewiesen, wenn wir nicht auf jede Mitwirkung in Reich, Staat und Gemeinde verzichten wollen, und darüber sind wir hinaus. (Lebhafte Zustimmung!) Wir müssen Koalitionen schließen mit Klugheit und Ueberlegung und in bester Wahrnehmung der Interessen unseres Landes und der Interessen der Arbeiterschaft. Keiner von uns weiß, wie sich die Koalitionen in der nächsten Zeit entwickeln werden, aber alle Koalitionen sind vergänglich. Unvergänglich ist allein die Zusammengehörigkeit des ganzen arbeitenden deutschen Volkes, die Zusammengehörigkeit der Schaffenden in Deutschland und über Deutschland hinaus in der ganzen Welt. Das allein macht uns stark gegen die Reaktion im Innern und den Imperialismus draußen. Alle denkenden Arbeiter wollen die Einigkeit, nur fehlt ihnen der Mut zum Entschluß. Ihnen allen, den geistig und körperlich Schaffenden, den Männern und Frauen rufen wir zu: **Rafft Euch auf zum Entschluß, stellt die Einigkeit her, kommt zu uns in die große deutsche Sozialdemokratie!** (Stürmischer Beifall)

Die weiteren Beratungen werden vertagt auf Dienstag vormittag. Schluß 6 Uhr.

15. Generalversammlung der Metallarbeiter

Von den Verhandlungen ist noch ergänzend zu berichten: Bei den Bestimmungen über Umfang und Zweck des Verbandes wurde neu festgelegt, daß der Deutsche Metallarbeiterverband auf dem Boden des **Klassenkampfes**

steht. Er erstrebt die Ueberwindung der privatkapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische. Zur Durchführung seiner Aufgaben erstrebt der Verband die Zusammenfassung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts zu einer machtvollen einheitlichen Organisation.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag der Kommunisten bezüglich der Aushandlung ergab 645 Stimmen gegen und 114 Stimmen für den Antrag, bei 21 Stimmenthaltungen.

Ohne Debatte stimmte der Verbandstag folgendem von der SPD-Fraktion eingebrachten

Protest gegen die Uebergriffe der Befehlsgewalt

im bezogenen Gebiet zu: „Einzelne Organe der Befehlsgewalt in dem besetzten Gebiet erlauben sich fortlaufend, in die Tätigkeit der Gewerkschaften einzukreifen und denselben alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Unter anderem verlangen sie die Einreichung der Listen der Mitglieder, Funktionäre, Betriebsratsmitglieder u. dgl. Die Generalversammlung weist derartige Uebergriffe auf das entschiedenste zurück und beauftragt den Vorstand, sich unverzüglich mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen, damit diesem Vorgehen der Befehlsgewalt Einhalt geboten wird.“ Die mit großer Mehrheit gefaßt

Entschließung zum Geschäftsbericht

hat folgenden Wortlaut: „Die Entwicklung seit dem letzten Verbandstag in Stuttgart ist gekennzeichnet durch immer schärfer auftretende Wirtschaftskrisen; die durch den Weltkrieg und seine Folgen hervorgerufene Störung der ganzen Wirtschaft lastet in voller Schwere auf der breiten Volksmasse. Die kapitalistischen Friedensverträge und die enge Wechselwirkung der Weltwirtschaft bewirkten den Zusammenbruch und die Wirtschaftskrisis der besetzten Mittelmächte und wuchsen sich zur Weltwirtschaftskrisis aus. Der deutsche Kapitalismus hat es verstanden, dieses Wirtschaftseisend für seinen Vorteil auszunützen. Infolge des tiefen Standes des deutschen Geldes fand eine Verschleuderung deutscher Waren nach dem Auslande statt. Riesengewinne wurden dadurch erzielt, während sich im Inlande durch die zwangsläufige Ausschaltung der Auslandskonkurrenz

eine ungehemmte Preisbildung

entfalten konnte. Die Folgen sind: Wachsender Profit trotz gesunkener Produktion auf der einen Seite, zunehmende Verelendung, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung der beschlagnahmten Volksschichten auf der anderen Seite. Dieser Zustand verschlimmert sich fortgesetzt. Die Veruche zu seiner Besserung haben sich alle als ungedeutet erwiesen, die kapitalistische Gesellschaft hat kein Mittel, das Uebel zu heilen. Sie ruft wohl solche Krisen hervor, vermag sie aber nicht zu beseitigen.

Die Lösung der Weltkrise ist nur durch die **sozialistische Gemeinwirtschaft** möglich. Nur diese verbürgt äußeren und inneren Frieden, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft und den internationalen Warenaustausch, sowie die Befreiung und Wohlfahrt der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen. Das Ziel vermag nur eine politisch einheitliche und wohlorganisierte Arbeiterklasse zu erreichen, die sich gleichzeitig auf festgelegte Gewer-

schaften stützt, die getragen sind vom Geiste der Demokratie und des proletarischen Klassenkampfes und in innigem Einklang mit den sozialistischen Klassengenossen aller Länder, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale handeln.

Der Deutsche Metallarbeiterverband ist berufen, an der Erreichung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hervorragend mitzuarbeiten. Um diese Mitwirkung zu einer erfolgreichen zu gestalten und um den

Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung

und ihre verheerenden Folgen bewußt und nachdrücklich zu führen, erklärt der Verbandstag der Deutschen Metallarbeiter als erste Vorbedingung: die Zusammenfassung aller Kräfte ohne Ansehen der politischen Gesinnung, die das Verbandsstatut als Richtschnur ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkennen und jede Weisung von Stellen ablehnen, an denen der Verband keinen Teil hat. Die zur Aufrichtung der gewerkschaftlichen Einheitsfront getroffenen Maßnahmen des Vorstandes und des erweiterten Beirates heißt der Verbandstag gut.

Weiter erklärt der Verbandstag für unerlässlich: 1. Den organisatorischen Zusammenschluß aller Hand- und Kopf-arbeiter; 2. die Ausnützung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter; 3. die Sicherung eines Einkommens, das die Wirkungen des Krieges und der Teuerung aufhebt und ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet; 4. Schaffung produktiver Arbeitsgelegenheit oder auskömmliche Unterstützung der Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des Weltkrieges; 5. ein wohlausgebautes System von Betrieben, und Wirtschaftsstraten, das der Entfaltung des Einflusses der Arbeitgeber auf den Produktionsprozeß bis zur Erreichung der Gemeinwirtschaft keine Schranken setzt; 6. Schulung der Arbeiter, um sie zur Erfüllung ihrer gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu befähigen; 7. Befreiung der Klassenjustiz, Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Umgestaltung des Privatrechts in ein Sozialrecht, das die Beteiligung der Volksgemeinschaft an dem Ertragnis wirtschaftlicher Unernehmungen festlegt.

Bezüglich des Ausschlusses kommunistischer Mitglieder richtigergehandelte Stuttgarter Standpunkt des Vorstandes. Es sei notwendig gewesen, daß der Beirat vor den Moskauer Treibereien gewarnt und den Vorstand beauftragt habe, dagegen vorzugehen. Dem sei der Vorstand nachgegeben. Nach Lage der Sache habe der Vorstand gegen die Teilnehmer der Reichskonferenz vorgehen müssen. Nicht wegen der politischen Gesinnung sei der Ausschluß erfolgt, sondern

wegen der verbandsschädigenden Haltung.

Der Vorstand habe objektiv und nach dem Statut entschieden. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Rückverweisung der Sache an die Kommission mit dem Auftrage, zu den einzelnen Fällen Stellung zu nehmen, mit 431 gegen 288 Stimmen abgelehnt. Ein Teil der SPD- und USP-Delegierten stimmte für die Rückverweisung. Die Kommunisten beantragten nunmehr, über jeden Fall einzeln abzustimmen. Das lehnte der Verbandstag ab. Der Antrag der Schwerdekommission, die Ausschüsse zu beständigen, wurde hierauf in namentlicher Abstimmung mit 525 gegen 209 Stimmen angenommen. Damit hat der Verbandstag der Ansicht des Vorstandes zugestimmt.

Der Verbandstag nahm dann erneut Stellung zur Gehaltsfrage. Die Kommission schlug vor, zwei Gehaltskassen festzulegen; die eine für die Vorstandsmitglieder, Bezirksleiter und Angestellten im Hauptbureau, die andere für die Angestellten in den Verwaltungsstellen. Die erste Gruppe wird in 5 Klassen eingeteilt: Anfangsgehalt 2000 bis 2700 M., Endgehalt (nach 4 Jahren) 2400 bis 3100 M. monatlich. Bei der zweiten Gruppe: Anfangsgehalt in der 1. Klasse 2100 bis 2300 M., Endgehalt 2500 bis 2700 M., in der 2. Klasse Anfangsgehalt 1800 bis 2000 M., Endgehalt 2200 bis 2400 M. Diesen Vorschlägen stimmte der Verbandstag nunmehr zu. Die neuen Gehälter werden ab 1. September d. J. gezahlt.

Jugendveranstaltungen.

Verband Jugend. Sekretariat: SB. 66, Einbecker Str. 1, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Bpl. 121 06-10.
Heute, Dienstag, den 20. September:

Abend! Das Jugendsekretariat ist am Mittwoch, den 21. September, von 8-10 Uhr geöffnet.

Alle Mitglieder zum Sperrfest treffen sich heute abend um 1/8 Uhr im Jugendheim Große Frankfurter Straße 16.

Verband Jugendheim Schule Poststraße, Esch-Platz, Altona. — **Kolonialer Vorabend:** Jugendheim Esch-Platz, Esch-Platz, Altona. — **Gemeinschaftsabend:** — **Schulabend:** Jugendheim Altona, Esch-Platz, Altona. — **Freizeitabend:** Jugendheim Esch-Platz, Altona. — **Wilmersdorf:** Jugendheim Schule Poststraße, Altona. — **Recht und Pflichten junger Menschen.**

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe 9 RD. Dienstag, den 20. September, abends 7 1/2 Uhr, in den Unions-Gebäuden, Großwallder Str. 22, außerordentliche Generalversammlung. — **Schwimmverein „Vorwärts“**, Berlin 1897, Gruppe Köpenick, Bade- und Uebungsabend ab 20. September in der Köpenicker Badeschule Köpenicker Brücke (reserviert) von 7 bis 10 Uhr und Donnerstag von 8 bis 10 Uhr abends. Dienstags haben familiäre Mitglieder beiderlei Geschlechts Zutritt und sind die Einlosterkarten hierfür nicht an der Kasse, sondern im Vorraum zu lösen. — **Verband der Augen- und Tuberkulose-Gekrankten Deutschlands.** 6. Bezirk: Heute bei Wladern, Blumenstraße 34. 11. Bezirk: Heute bei Hummel, Sophienstr. 5. — **Freie Arbeiter-Samariter-Kolonie Neutal.** Freitag letzter Aufnahmeabend für den Winterurlaub in der Schule Thomassstraße (Zeichenaal). Ausgabe der Zeitschriften für die Teilnehmer. Anfang 7 Uhr.

Weiter bis Mittwoch mittag: Trocken und überwiegend keller, in den Mittagsstunden mäßig warm bei meist schwachen östlichen Winden. In der Nacht zu Mittwoch wieder sehr kühl.

(Schluß des reaktionären Teils.)

Erst der 50te
Glyzoran-Fahrschein tuts!



MAGGI'S Würze

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Würze**

in großen Originalflaschen Nr. 6

besonders vorteilhaft. Man füllt daraus das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach und hat außer Geldersparnis noch die

Garantie der Echtheit

Achtung auf unversehrten Plombenverschluß.

Freitag, den 16. Sept.,
erläßt ein sanfter Tod
meinen lieben Papa,
unsern guten Vater, Groß-
vater, Schwager und Onkel
Theodor Gücke
im 85. Lebensjahre.
Im Namen aller Hinter-
bliebenen
Selma Gücke geb. Münch.
Die Einäscherung erfolgt
Mittwoch, den 21. Sept.,
nachm. 3 Uhr, im Krematorium
Berlinerstraße. Trauer-
spenden dankend abgelehnt.

Bezirksverb. Berlin SPD
41. Bd., Kreis Tiergarten
Unser Mitgl. Mitglied,
der Agitatoren
Theodor Gücke
Lüderer Str. 4
am 16. September im
Alter von 85 Jahren ver-
storben. 2527
Ihre feinem Andenken!
Die Einäscherung findet
am Mittwoch, den 21. Sep-
tember, nachmittags 3 Uhr,
im Krematorium Gerlich-
straße statt.
Nege Beteiligung erwartet.
Der Wittwensbescheid.

Deutscher Metallarbeiterverb.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Schmied
Otto Krüger
Luiser Str. 5
am 16. Sept. gestorben ist.
Ihre feinem Andenken!
Die Einäscherung findet
am Mittwoch, den 21. Sep-
tember, nachm. 3 Uhr, im
Krematorium Gerlich-
straße statt.
Nege Beteiligung er-
wartet. 6718
Die Ortsverwaltung.

Zurückgekehrt
Dr. med. Walter Pincus
Chirurg
Spezialarzt für Erkrankungen
der Gallenwege (Erstlundung,
Gallensteine), der Leber und
des Magens 145/11
W. Schillerstr. 15. I 4 1/2-6
Von der Welle zurück
Dr. med. Müller-Kupke
homöopath. Arzt
Charlitz, Bismarckstr. 5 (Akte).

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin X N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1238, 1987, 9718
Donnerstag, den 22. September, abends 7 Uhr, im Lokal von
Bammel, Sophienstr. 5
Branchenversammlung der Bauanschläger
Tagesordnung: 1. Die Stellen mit uns zur Ründigung
unseres Statutes. 2. Verband- und Brancheneinlagen.
3. Beschlüsse. 9717
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Achtung! Autogenischweißen Achtung!
Die zum Mittwoch, den 21. September, festgesetzte
Branchenversammlung der Schweißer
findet nicht statt, sondern wird am Mittwoch, den 28. Sep-
tember, abends 7 Uhr, im Lokal von Liebermann, Reue
Jacobsstr. 1-3, abgehalten.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt-
gemacht. Die Ortsverwaltung.

Echt deutscher Pontifex
ersetzt den französisch. Benedictiner
Bestklassige deutsche weltbekannte Spezialität
Zu haben einschlägigen in allen Geschäften
Alleinige Fabrikanten
Deutsche Likör-Fabrik Friedrich & Co.
Waldenburg i. Schlesien.
Gen.-Vertr. für Groß-Berlin:
Kurt Reichenstein, Friedenau, Brühlstr. 2
Tel.: Amt Rheingau 423



Kapitän-Kautabak
einmal geprobt - immer bleibt
seinem Geschmack; kein frisches,
saftiges L. den Zigarettengeschäften um,
Neue Verkaufsstellen richtet ein:
Generalvertrieb: Köder, Berlin,
Cloyenberger Str. 22 (Regt. 2881)

„ILSE“
Bergbau-Aktiengesellschaft zu Grube „Ilse“ N.-L.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am
Donnerstag, den 13. Oktober 1921
nachmittags 3 Uhr
in Berlin, Burgstraße 24, in den Geschäftsräumen der Mittel-
deutschen Creditbank, stattfindenden

außerordentl. Hauptversammlung

hierdurch eingeladen. Tagesordnung:


1. Beschlussfassung über die Erhöhung des Grundkapitals um 75 000 000 M. durch Ausgabe von 50 000 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien über je 1000 M. Nennwert und von 50 000 auf den Namen lautende Vorzugsaktien über je 500 M. Nennwert, bei beiden Aktiengattungen mit voller Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1922 und folgende. Festlegung der Bedingungen der Aktienausgabe mit dem Recht, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen.
2. Aenderung des Gesellschaftsvertrages:
§ 4 Erhöhung des Grundkapitals.
3. Getrennte Beschlussfassung:
a) der Stammaktionäre,
b) der Vorzugsaktionäre
Aber die zu Punkt 1 und 2 angekündigten Gegenstände.
4. Genehmigung der Umschreibung von Vorzugsaktien.

Die Stammaktionäre, welche an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, haben den Aktienbesitz, hinsichtlich dessen sie ein Stimmrecht in der Hauptversammlung ausüben wollen, spätestens am **Sonntag, den 8. Oktober 1921**, bei der Gesellschaftskasse in Grube Ilse oder in Berlin bei der Mitteldeutschen Creditbank und der Direktion der Diskontogesellschaft, in Frankfurt a. M. bei der Mitteldeutschen Creditbank und der Firma Gebr. Sulzbach, in Hamburg bei der Vereinsbank, und in Köln a. Rh. bei dem H. Schaaffhausenschen Bankverein N. G.,

bis zu den Niederlassungen dieser Banken schriftlich anzumelden und bis zu demselben Termin diesen Aktienbesitz bei der Stelle, bei welcher die Anmeldung erfolgt ist, oder bei einem Notar mit einem doppelten Nummernverzeichnis zu hinterlegen, dessen eines abgestempeltes Stück als Eintrittskarte in die Hauptversammlung als Ausweis zur Empfangnahme der Stimmkarte dient. Für die Bezüge der jungen Aktien (Ausgabe 1921) dient als Ausweis die von der Bezugsstelle ausgestellte Kassa-Quittung über die geleistete Vollzahlung, die an Stelle der Aktienmängel zu hinterlegen ist.

Die Vorzugsaktionäre haben nur die Anmeldung ihrer Vorzugsaktien mit Nummernausgabe bei dem Vorstande der Gesellschaft in Grube Ilse zu bewirken, um an der Hauptversammlung teilnehmen zu können. Stimmberechtigt sind nur die im Aktienbuche eingetragenen Besitzer der Vorzugsaktien. Zur Vertretung ist eine privatschriftliche Bevollmächtigung erforderlich.

Grube Ilse N.-L., den 20. September 1921.
„Ilse“, Bergbau-Aktiengesellschaft.
Schumann, Müller, Währ.



Noch keine erhöhten Preise bei Optiker Ruhnke, aber sie stehen vor der Tür.

Selt 1 1/2 Jahren haben wir unsere Brillen-, Kneifer- und Gläserpreise mit ganz geringen Ausnahmen nicht erhöht, sogar im Juli vor einem Jahr noch herabgesetzt trotz mehrmaliger inzwischen eingetretener Lohn-erhöhungen.

Aber jetzt schweben in der optischen Industrie sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte neue Tarifverhandlungen, die wegen der wieder eingetretenen Teuerung mit erheblichen Erhöhungen enden werden. Dann müssen auch wir wesentliche Preisaufschläge vornehmen, wenn die anerkannt gute Qualität unserer Waare und Leistungen nicht leiden soll. Das aber darf nicht sein.

Indoch werden wir unter allen Umständen noch bis zum 1. Oktober unsere jetzt geltenden niedrigen Preise festhalten.

Damit Sie nicht von dem Preisaufschlag überrascht werden, halten wir es für unsere Pflicht, Sie jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß Sie Geld sparen, wenn Sie Ihren Bedarf in optischen Waren noch vor dem 1. Oktober bei uns decken. Kommen Sie recht bald, denn erfahrungsgemäß ist der Andrang in den letzten Tagen des Monats bei uns stärker. Es genügt, wenn Sie jetzt Ihre Wahl treffen, eine entsprechende Anzahlung leisten und nach dem 1. Oktober die Ware abholen. Wie gut und preiswert wir Sie bedienen werden, erleben Sie aus dem nachstehenden Verzeichnis sowie aus dem abgedruckten Schreiben.

Herrn Optiker Ruhnke, Hamburg.

Ich danke Ihnen sehr für die prompte und überraschend gute und reelle Ausführung meiner Bestellung und stehe nicht an, Ihnen unumwunden meine aufrichtigste Anerkennung für Ihre Leistung auszusprechen. Daß derartig solide Preise heute noch möglich sind, beweist mir die unermüdete Kraft und Lebensfähigkeit unserer deutschen Industrie. Ich werde mich mit Vergnügen zu Ihren künftigen Kunden zählen und Sie nach Kräften empfehlen.

Mit dem Ausdruck besonderer Hochachtung
F. W. Hoff,
Rechtsanwalt und Notar.

Wir leisten Garantie auf Double- und Gold-Fassungen jeder Preislage
Die Garantie dauert für die billigste Fassung ein Jahr, für teurere entsprechend länger, gemäß folgender Skala.

Nachstehende Preise verstehen sich ohne Gläser

Ausführung	Garantie	Kneifer ohne Randfassung	Kneifer mit Randfassung	Brillen mit und ohne Randfassung
Gold-Double	1 Jahr	10.50 18.—	18.— 24.— 28.—	35.—
• • • • •	2 Jahre	28.— 35.—	30.— 34.— 38.—	45.—
• • • • •	3 Jahre	45.— 55.— 65.—	48.— 54.— 60.—	55.— 65.— 75.— 85.—

Auf alle 14-karätigen Goldfassungen vier Jahre Ruhnke-Garantie.
Hornbrillen von 38.— an, moderne Bognetten, Silber, von 65.— an, Gold-Double von 72.— an.
Gläser werden extra berechnet, und zwar pro Paar: Kathenomer Scheifart 8.—, Foktorit-Keilscheif 19.—, dieselben aus unserem guten Casostop-Glas 32.—.

Prismen, Feldstecher „Televist“, eigenes, erstklassiges Fabrikat

6x Berggröße 850.—	8x Berggröße 950.—	12x Berggröße 1250.—
--------------------	--------------------	----------------------

C Spillmarkt, Gde Wall-Str.	S Kollbuser-Damm 10, nahe Warenhaus Sandorf	N Chauffee-Str. 72, nahe Rüdigerstr.	SO Oranien-Str. 44, zwischen Neptun- und Oranien-Pl.	Neußölln: Bergstr. 4 Gde Jülicherstr.
A Alexanderplatz, nahe H 1 G 12 ger	N Schönhäuser Allee 61, am Hof Nordring	O Frankfurter-Allee 14, nahe Zug.	Spandau: Breite Str. 15, nahe Markt.	Friedenau: Rhein-Str. 18, Gde Allee-Str.
W Friedrich-Str. 193a, Gde Leipziger Str.	N Friedrich-Str. 100, Gde Siegel-Str.	NW Friedrich-Str. 150, Gde Dorstener-Str.	Charlottenburg: Lauenhagen-Str. 15, Gde Warburger Str.	Schöneberg: Haupt-Str. 21, Gde Kienhagen-Str.
Leipziger Str. 113, Gde Bauer-Str.	Invaliden-Str. 164, Gde Brunnen-Str.	SW Belle Alliance-Str. 4, nahe Sandorf.	Joachimsthaler Str. 2 nahe Hof-ger.	Wilmersdorf: Berliner Str. 132-3, nahe Uhländerstr.
Claf-Str. 1, Gde Potsdamer Str.	Invalidenstr. 117, am Berliner Hof.			

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke aber dieses möglichst gleich!

Prima Betten, hochfein, Qualität, rot prima, federleicht, dampfkörper, großes, einschichtig, Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen mit 16 Prima füllkräftigen, weichen Federn gefüllt, zusammen nur 495 Mk.; mit zwei weichen Halbdunen nur 595 Mk.; mit zwei weichen Halbdunen 695 Mk.; mit zwei weichen Halbdunen, gesticktem Oberbett mit Daunendecke 995 Mk.
Halbdunen - Betten, je nach Qualität 14.50, 17.50, 19.50, 24.50, 29.50 bis 34.— Mk. Nur beste, amerikanische, standard Qualität. Nicht gefüllt mit Gold, sondern Katalog frei. Viele Danksch. Porto u. Vers. gratis.
Betten-Unterfedern-Engros-Vertrieb A. & W. Frankrose, Haase 45



Achtung!
Reines Metallwerk verpackt 100 Prozent, viel aber nicht best. Ich halte aber Wort und halte für
Brillanten & Edelsteine
Platina, Gold- und Silberdruck sowie Gegenstände des höchsten Schmuckes, und Sie haben bestimmt Ihren Schmuck in der Größe, Schönheit, Sicherheit, Verwertung, eigene Schmuck.
Ed. Koboski, Juwelier, Berlin N 54
Goldwarenfabrik mit stiftlichem Betrieb
Bismarckstr. 185
Tel. Humboldt 2480

Wohnungsnot beseitigen
Chaiselongue-Bett „Fürst Bülow“
Schlafepatent Jaekel-Möbel.
Katalog Nr. 198 gratis



R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabriken
Berlin SW 68, Markgrafenstr., Ecke Kochstr.
Auftrag! Arbeiterkraft!
Teilnehmer für Fabrikationsgenossenschaft gesucht! Auskunft erteilt „Dad. 5 14“.

Große Journierpresse
erhält. Offerte mit Wohnungsbildet 146/15
Emil Heinicke A.-G., Berlin SW 11.

Ausschließliche Vertretung
suche für ganz Frankreich von hervorragenden Handels- und Industrie-Firmen. Werde Unter-Agenturen und Waren-Depots departementsweise organisieren. Angebote mit Bedingungen und Preisen an
M. Altagnac - Office Commercial et Industriel de Lille
16, rue de la Piquerie à Lille (Nord-France).

Industriell-Niederlage
H. Lamprecht, Berlin-Teplitz, Dönhofsstr. 17
erhält direkt an Fabrikanten Stoffe für Herren und Damen zu Fabrikpreisen. Woll- und Seidenstoffe in großer Auswahl von 35 Mark an.
Angora-Raninchen
gibt im vollentwickelten Zustande jede Wollmenge zu großen Leistungen ab
Reichs-Zentrale f. Seidentau- und Wollstoff
Zeltdia, Hirschstraße 19.
Beteiligungsberechtigter: Herr W. Kauerer, Berlin N 114, Schönhauser Allee 102.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Der flieg. Holländer
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Der Kronprinz
7 1/2 Uhr

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Kean
M.L. Herodes u. Marianna

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Er ist an allem schuld
Die Spieler: Heiratsschuld
M.L. Die Jungfrau von
Bischofsberg

Gr. Schauspielhaus
(Karlsruhe)
8 Uhr: Die Weber (22. Abt. 6. Abt.)
M.L. Die Weber (23. Abt. 6. Abt.)

Theater i. d. Königgrätzer Str.
7 30: Satans Maske
Mit dem Feuer spielen
(Orska, Riemann, Bildt)
M.L.: Die Fahrt ins Blaue
D.L.: Die Fahrt ins Blaue

Komödienhaus
Täglich 7 30 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Waßmann
im neuen Barlatschenschwank
Jonnys
Bußenfreund

Berliner Theater
Täglich 7 30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Vaudeville von Bernauer
und Schanzer
Musik von Jean Gilbert
Hauptdarsteller:
Fritzi Massary
als Gast
Ralph Artur Roberts
Pepi Zampa / H. Kiper

Volksbühne
Theater am Blüowplatz
7 1/2 Uhr: Der Bauer als Millionär

Lessing-Theater
Heute & folgende Tage 7 1/2
Die Spieler
ein. Kaiserin
(Barlitz, Steinhilber, Unger)

Deutsches Künstler-Theater
Abendtäglich 7 1/2 Uhr:
Die Gallerina des Königs
(Leopoldine Karstaus)

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr
Paul Wegener
Irma Triegel
Paul Wenzel

Totentanz
Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Ida Wüst
in
Die große Leidenschaft

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Frl. Josette
—
meine Frau
Eugen Burg, Carola Teulle,
Jul. Falkenstein, Witte Klinder,
Hans Albers.

Rose Theater
8 Uhr:
Der Pfarrer
v. Kirchfeld
Folies Caprice
Linienstr. 122 am Granienbg. T.
Täglich 8 Uhr:
D. Geliebte a. Teilung
Fiebertaumel
Bentschen, Meseritz
mit Ferd. Gräneckner

Grosses Schauspielhaus
Letzte Woche!

Abonnements-Ausgabe für die Spielzeit 1921/1922

6 verschiedene Vorstellungen

Die Preise der Plätze für jede Vorstellung betragen:

an der Tageskasse		im Abonnement!	
Mk. 60.—	Parkettlogen.	Mk. 20.—	
Mk. 45.—	Parkettring	Mk. 15.—	
Mk. 50.—	Ringlogen	Mk. 20.—	
Mk. 30.—	Balkon	Mk. 12.—	
Mk. 25.—	1. Ring	Mk. 9.—	
Mk. 20.—	2. Ring	Mk. 6.—	
Mk. 10.—	3. Ring	Mk. 3.—	

CASINO-THEATER
Lothringer Str. 37 — Tägl. 7 1/2
Das neue Erholungs- Progr.
mit der Spitzbubenposse

Exzellenz Maxe.
Vorher: Das taktlose Singspiel
Und wem es just passiert
Sonntag 7 1/2: Mittelarrest.

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Strohwitwe
Operette von Leo Blech

LUNA PARK
Hente: VOLKSTAG
Eintritt 2 M.
Kinder 1 Mark
Groß-Konzert
Höhen- und Wasser-
Feuerwerk
John Hagenbecks Raubtier- und
Sudaneseeschau

Beginn der Herbstrennen auf der
Trabrennbahn Mariendorf
Mittwoch, 21. Sept. 1921, nachm. 2 Uhr
8 Rennen + Preise: 108 000 M.

Circus Taraselli
am Bahnh. Friedrichstraße
Freitag, den 23. Sept.
Pinguin-Steinke-Huttenen

WINTERGARTEN
Reines
Varieté-Programm
Rauchen gestattet!

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Abrakadabra

Reichshallen-Theat.
STETTINER SÄNGER
Abds. 7 1/2 U. u.
Stg. nachm. 3 U.
Nim. halbe Pr.
Varieté
Döberhoff-Brettel

Theater a. Kottbuser Tor
Tel. Moritzpl. 16677
Täglich 7 1/2 Uhr und
Sonnt. nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
— 16 Herren! —
Wirt: Komik!
Nachm. halbe Preise
Vvkt. 11-12 u. 4-6 Uhr

Central-Theater
Die Postmeisterin
Deutsch-Opernhaus
Walküre
Friedr. Wilhelmstr. Th.
7 1/2 Uhr: American-Girl
Intimes Theater
8 Uhr: Der blaue Pantoffel
Die Spielunke / Lauf doch
nicht immer nackt herum
Kl. Schauspielhaus
Reigen
Lustspielhaus
Freitag Premier:
Die Schauspieler
Metropol-Theater
Geschlossen
Sonntabend, 24. Sept., 7 Uhr:
Die Straßensängerin
Neues Operettentheater
8 Uhr: Die Königin d. Nacht
Neues Theat. a. Zoo
Heute zum 25. Male
8 Uhr: Die kleine Lecassol
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Jugendfreunde
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Nora
Schloßpark - Th. Steglitz
7 1/2 Uhr: Alles um Geld

8 Uhr
SCALA
Internationales
Varieté

Philharmonie
Sinfonie-Konzert
des Philharmon. Orchesters
Dirig.: Prof. Richard Hagel
Anfang 8 U. Eintritt 4.— M.
S. Sinf.-Tschalkowsky; Conc.
romantique-Godard (Veit)

B.T.L.
Potsdamer Str. 38
Tarzens Rache.
Turmsir. 12
Uraufführung:
Der Brand des
Circus Diomedes.
Alexanderpl.-Pass.
Die Perle des Orients
Friedenau, Rheinstr. 14
TARZAN
unter den Affen.

Thalia-Theater
7 1/2 U.: Schäm Dich, Lotte
Th. am Nollendorffplatz
8 Uhr: Der Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7 1/2 U.: Die Braut d. Lucullus
Th. d. d. Kommandantenstr.
(Jüdisches Künstler-Theater)
8 Uhr: Newells
Wallner-Theater
7 30 Uhr: Nixchen
Volkssoprette Walhalla - Th.
7 1/2 U.: Die schöne Helena

METRO
Varieté-Kabarett
Behrenstraße 24
8 Uhr:
11 Schlager

CIRCUS BUSCH
Tgl. 7 1/2 Sonnt. auch 3
Der Circus war
Sonnt. ausverk.
Eisenkühn Breitbart
Berlins neueste Sensat.
Die gr. Ballettschöpfung
im Reiche des Porzellans
150 Mitwirkende
Benutzen Sie Vorvk.

8 Uhr
SCALA
Internationales
Varieté

Philharmonie
Sinfonie-Konzert
des Philharmon. Orchesters
Dirig.: Prof. Richard Hagel
Anfang 8 U. Eintritt 4.— M.
S. Sinf.-Tschalkowsky; Conc.
romantique-Godard (Veit)

B.T.L.
Potsdamer Str. 38
Tarzens Rache.
Turmsir. 12
Uraufführung:
Der Brand des
Circus Diomedes.
Alexanderpl.-Pass.
Die Perle des Orients
Friedenau, Rheinstr. 14
TARZAN
unter den Affen.

Thalia-Theater
7 1/2 U.: Schäm Dich, Lotte
Th. am Nollendorffplatz
8 Uhr: Der Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7 1/2 U.: Die Braut d. Lucullus
Th. d. d. Kommandantenstr.
(Jüdisches Künstler-Theater)
8 Uhr: Newells
Wallner-Theater
7 30 Uhr: Nixchen
Volkssoprette Walhalla - Th.
7 1/2 U.: Die schöne Helena

METRO
Varieté-Kabarett
Behrenstraße 24
8 Uhr:
11 Schlager

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 2,00 M. (außerdem 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste bis 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstrasse 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends

Verkaufe

Einzigartig Schmuck. 20-
tuchlich, 18 Karat, 110-
tuchlich (alt 58, 59, 111,
112, 113, 114, 115, 116,
117, 118, 119, 120, 121,
122, 123, 124, 125, 126,
127, 128, 129, 130, 131,
132, 133, 134, 135, 136,
137, 138, 139, 140, 141,
142, 143, 144, 145, 146,
147, 148, 149, 150, 151,
152, 153, 154, 155, 156,
157, 158, 159, 160, 161,
162, 163, 164, 165, 166,
167, 168, 169, 170, 171,
172, 173, 174, 175, 176,
177, 178, 179, 180, 181,
182, 183, 184, 185, 186,
187, 188, 189, 190, 191,
192, 193, 194, 195, 196,
197, 198, 199, 200, 201,
202, 203, 204, 205, 206,
207, 208, 209, 210, 211,
212, 213, 214, 215, 216,
217, 218, 219, 220, 221,
222, 223, 224, 225, 226,
227, 228, 229, 230, 231,
232, 233, 234, 235, 236,
237, 238, 239, 240, 241,
242, 243, 244, 245, 246,
247, 248, 249, 250, 251,
252, 253, 254, 255, 256,
257, 258, 259, 260, 261,
262, 263, 264, 265, 266,
267, 268, 269, 270, 271,
272, 273, 274, 275, 276,
277, 278, 279, 280, 281,
282, 283, 284, 285, 286,
287, 288, 289, 290, 291,
292, 293, 294, 295, 296,
297, 298, 299, 300, 301,
302, 303, 304, 305, 306,
307, 308, 309, 310, 311,
312, 313, 314, 315, 316,
317, 318, 319, 320, 321,
322, 323, 324, 325, 326,
327, 328, 329, 330, 331,
332, 333, 334, 335, 336,
337, 338, 339, 340, 341,
342, 343, 344, 345, 346,
347, 348, 349, 350, 351,
352, 353, 354, 355, 356,
357, 358, 359, 360, 361,
362, 363, 364, 365, 366,
367, 368, 369, 370, 371,
372, 373, 374, 375, 376,
377, 378, 379, 380, 381,
382, 383, 384, 385, 386,
387, 388, 389, 390, 391,
392, 393, 394, 395, 396,
397, 398, 399, 400, 401,
402, 403, 404, 405, 406,
407, 408, 409, 410, 411,
412, 413, 414, 415, 416,
417, 418, 419, 420, 421,
422, 423, 424, 425, 426,
427, 428, 429, 430, 431,
432, 433, 434, 435, 436,
437, 438, 439, 440, 441,
442, 443, 444, 445, 446,
447, 448, 449, 450, 451,
452, 453, 454, 455, 456,
457, 458, 459, 460, 461,
462, 463, 464, 465, 466,
467, 468, 469, 470, 471,
472, 473, 474, 475, 476,
477, 478, 479, 480, 481,
482, 483, 484, 485, 486,
487, 488, 489, 490, 491,
492, 493, 494, 495, 496,
497, 498, 499, 500, 501,
502, 503, 504, 505, 506,
507, 508, 509, 510, 511,
512, 513, 514, 515, 516,
517, 518, 519, 520, 521,
522, 523, 524, 525, 526,
527, 528, 529, 530, 531,
532, 533, 534, 535, 536,
537, 538, 539, 540, 541,
542, 543, 544, 545, 546,
547, 548, 549, 550, 551,
552, 553, 554, 555, 556,
557, 558, 559, 560, 561,
562, 563, 564, 565, 566,
567, 568, 569, 570, 571,
572, 573, 574, 575, 576,
577, 578, 579, 580, 581,
582, 583, 584, 585, 586,
587, 588, 589, 590, 591,
592, 593, 594, 595, 596,
597, 598, 599, 600, 601,
602, 603, 604, 605, 606,
607, 608, 609, 610, 611,
612, 613, 614, 615, 616,
617, 618, 619, 620, 621,
622, 623, 624, 625, 626,
627, 628, 629, 630, 631,
632, 633, 634, 635, 636,
637, 638, 639, 640, 641,
642, 643, 644, 645, 646,
647, 648, 649, 650, 651,
652, 653, 654, 655, 656,
657, 658, 659, 660, 661,
662, 663, 664, 665, 666,
667, 668, 669, 670, 671,
672, 673, 674, 675, 676,
677, 678, 679, 680, 681,
682, 683, 684, 685, 686,
687, 688, 689, 690, 691,
692, 693, 694, 695, 696,
697, 698, 699, 700, 701,
702, 703, 704, 705, 706,
707, 708, 709, 710, 711,
712, 713, 714, 715, 716,
717, 718, 719, 720, 721,
722, 723, 724, 725, 726,
727, 728, 729, 730, 731,
732, 733, 734, 735, 736,
737, 738, 739, 740, 741,
742, 743, 744, 745, 746,
747, 748, 749, 750, 751,
752, 753, 754, 755, 756,
757, 758, 759, 760, 761,
762, 763, 764, 765, 766,
767, 768, 769, 770, 771,
772, 773, 774, 775, 776,
777, 778, 779, 780, 781,
782, 783, 784, 785, 786,
787, 788, 789, 790, 791,
792, 793, 794, 795, 796,
797, 798, 799, 800, 801,
802, 803, 804, 805, 806,
807, 808, 809, 810, 811,
812, 813, 814, 815, 816,
817, 818, 819, 820, 821,
822, 823, 824, 825, 826,
827, 828, 829, 830, 831,
832, 833, 834, 835, 836,
837, 838, 839, 840, 841,
842, 843, 844, 845, 846,
847, 848, 849, 850, 851,
852, 853, 854, 855, 856,
857, 858, 859, 860, 861,
862, 863, 864, 865, 866,
867, 868, 869, 870, 871,
872, 873, 874, 875, 876,
877, 878, 879, 880, 881,
882, 883, 884, 885, 886,
887, 888, 889, 890, 891,
892, 893, 894, 895, 896,
897, 898, 899, 900, 901,
902, 903, 904, 905, 906,
907, 908, 909, 910, 911,
912, 913, 914, 915, 916,
917, 918, 919, 920, 921,
922, 923, 924, 925, 926,
927, 928, 929, 930, 931,
932, 933, 934, 935, 936,
937, 938, 939, 940, 941,
942, 943, 944, 945, 946,
947, 948, 949, 950, 951,
952, 953, 954, 955, 956,
957, 958, 959, 960, 961,
962, 963, 964, 965, 966,
967, 968, 969, 970, 971,
972, 973, 974, 975, 976,
977, 978, 979, 980, 981,
982, 983, 984, 985, 986,
987, 988, 989, 990, 991,
992, 993, 994, 995, 996,
997, 998, 999, 1000, 1001,
1002, 1003, 1004, 1005, 1006,
1007, 1008, 1009, 1010, 1011,
1012, 1013, 1014, 1015, 1016,
1017, 1018, 1019, 1020, 1021,
1022, 1023, 1024, 1025, 1026,
1027, 1028, 1029, 1030, 1031,
1032, 1033, 1034, 1035, 1036,
1037, 1038, 1039, 1040, 1041,
1042, 1043, 1044, 1045, 1046,
1047, 1048, 1049, 1050, 1051,
1052, 1053, 1054, 1055, 1056,
1057, 1058, 1059, 1060, 1061,
1062, 1063, 1064, 1065, 1066,
1067, 1068, 1069, 1070, 1071,
1072, 1073, 1074, 1075, 1076,
1077, 1078, 1079, 1080, 1081,
1082, 1083, 1084, 1085, 1086,
1087, 1088, 1089, 1090, 1091,
1092, 1093, 1094, 1095, 1096,
1097, 1098, 1099, 1100, 1101,
1102, 1103, 1104, 1105, 1106,
1107, 1108, 1109, 1110, 1111,
1112, 1113, 1114, 1115, 1116,
1117, 1118, 1119, 1120, 1121,
1122, 1123, 1124, 1125, 1126,
1127, 1128, 1129, 1130, 1131,
1132, 1133, 1134, 1135, 1136,
1137, 1138, 1139, 1140, 1141,
1142, 1143, 1144, 1145, 1146,
1147, 1148, 1149, 1150, 1151,
1152, 1153, 1154, 1155, 1156,
1157, 1158, 1159, 1160, 1161,
1162, 1163, 1164, 1165, 1166,
1167, 1168, 1169, 1170, 1171,
1172, 1173, 1174, 1175, 1176,
1177, 1178, 1179, 1180, 1181,
1182, 1183, 1184, 1185, 1186,
1187, 1188, 1189, 1190, 1191,
1192, 1193, 1194, 1195, 1196,
1197, 1198, 1199, 1200, 1201,
1202, 1203, 1204, 1205, 1206,
1207, 1208, 1209, 1210, 1211,
1212, 1213, 1214, 1215, 1216,
1217, 1218, 1219, 1220, 1221,
1222, 1223, 1224, 1225, 1226,
1227, 1228, 1229, 1230, 1231,
1232, 1233, 1234, 1235, 1236,
1237, 1238, 1239, 1240, 1241,
1242, 1243, 1244, 1245, 1246,
1247, 1248, 1249, 1250, 1251,
1252, 1253, 1254, 1255, 1256,
1257, 1258, 1259, 1260, 1261,
1262, 1263, 1264, 1265, 1266,
1267, 1268, 1269, 1270, 1271,
1272, 1273, 1274, 1275, 1276,
1277, 1278, 1279, 1280, 1281,
1282, 1283, 1284, 1285, 1286,
1287, 1288, 1289, 1290, 1291,
1292, 1293, 1294, 1295, 1296,
1297, 1298, 1299, 1300, 1301,
1302, 1303, 1304, 1305, 1306,
1307, 1308, 1309, 1310, 1311,
1312, 1313, 1314, 1315, 1316,
1317, 1318, 1319, 1320, 1321,
1322, 1323, 1324, 1325, 1326,
1327, 1328, 1329, 1330, 1331,
1332, 1333, 1334, 1335, 1336,
1337, 1338, 1339, 1340, 1341,
1342, 1343, 1344, 1345, 1346,
1347, 1348, 1349, 1350, 1351,
1352, 1353, 1354, 1355, 1356,
1357, 1358, 1359, 1360, 1361,
1362, 1363, 1364, 1365, 1366,
1367, 1368, 1369, 1370, 1371,
1372, 1373, 1374, 1375, 1376,
1377, 1378, 1379, 1380, 1381,
1382, 1383, 1384, 1385, 1386,
1387, 1388, 1389, 1390, 1391,
1392, 1393, 1394, 1395, 1396,
1397, 1398, 1399, 1400, 1401,
1402, 1403, 1404, 1405, 1406,
1407, 1408, 1409, 1410, 1411,
1412, 1413, 1414, 1415, 1416,
1417, 1418, 1419, 1420, 1421,
1422, 1423, 1424, 1425, 1426,
1427, 1428, 1429, 1430, 1431,
1432, 1433, 1434, 1435, 1436,
1437, 1438, 1439, 1440, 1441,
1442, 1443, 1444, 1445, 1446,
1447, 1448, 1449, 1450, 1451,
1452, 1453, 1454, 1455, 1456,
1457, 1458, 1459, 1460, 1461,
1462, 1463, 1464, 1465, 1466,
1467, 1468, 1469, 1470, 1471,
1472, 1473, 1474, 1475, 1476,
1477, 1478, 1479, 1480, 1481,
1482, 1483, 1484, 1485, 1486,
1487, 1488, 1489, 1490, 1491,
1492, 1493, 1494, 1495, 1496,
1497, 1498, 1499, 1500, 1501,
1502, 1503, 1504, 1505, 1506,
1507, 1508, 1509, 1510, 1511,
1512, 1513, 1514, 1515, 1516,
1517, 1518, 1519, 1520, 1521,
1522, 1523, 1524, 1525, 1526,
1527, 1528, 1529, 1530, 1531,
1532, 1533, 1534, 1535, 1536,
1537, 1538, 1539, 1540, 1541,
1542, 1543, 1544, 1545, 1546,
1547, 1548, 1549, 1550, 1551,
1552, 1553, 1554, 1555, 1556,
1557, 1558, 1559, 1560, 1561,
1562, 1563, 1564, 156

Groß-Berlin

Millionenbetrügereien der Roland A.-G.

Ein umfangreicher Strafprozeß, der voraussichtlich zwei Wochen dauern wird, hat gestern vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schimmac begonnen. Da der Haupttäter, der Kaufmann Hans Krajač, inzwischen verstorben ist, richtet sich die vom Staatsanwalt Dr. Zimmermann vertretene und auf Betrug, schwere Urkundenfälschung usw. lautende Anklage noch gegen folgende Personen: die Kaufleute R. Gregor, Walter Tschegel, E. Soente, H. Warimann, Dr. A. Körner, H. Jachler und dessen Mutter, die Frau Wnesse Kewewell, geb. Bauer, die Architekten D. Witting und den Leutnant a. D. H. Briegleb.

Die durch den Krieg verursachte Notlage der deutschen Geschäftswelt hatten sich bekanntlich vielfach Betrüger zunutze gemacht, was ihnen um so eher gelang, als sich viele Kaufleute, um Rohstoffe zu erlangen, auf Lieferungs- und Zahlungsbedingungen einließen, welche sie als vorsichtige Geschäftsleute vor dem Krieg abgelehnt hätten. Zu diesen kaufmännischen Kriegsgebräuchen gehörte u. a. auch die Stellung eines Akreditiv bei einer Bank, welches nach Vorlegung des Duplikatfrachtbriefes sofort zahlbar wurde. Wie die Anklage behauptet, soll sich nun unter Leitung des Krajač eine in jeder Beziehung wohlorganisierte Schwindlerbande etabliert haben, welche unter allen möglichen fingierten Firmenbezeichnungen in zahlreichen deutschen Zeitungen Inserate erließ, in welchen sie zu verhältnismäßig billigen Preisen gewisse Chemikalien und Arzneimittel anbot. Die Folge war, daß sich zahlreiche in Rohstoffnot befindliche Firmen meldeten, die dann das bewußte Akreditiv vor Lieferung der bestellten Waren stellen mußten. Abgegeben wurde von den Schwindlern dann eine falsche, völlig wertlose Masse. Mit Hilfe des mit den bahnamtlichen Stempeln versehenen Duplikatfrachtbriefes erhoben die Betrüger dann den hinterlegten Kaufpreis. Wenn eine Reklamation eintraf, entschuldigte sich das Schwindlerkonsortium, um Zeit zu gewinnen, erst mit einem Irrtum. Dann hieß es, die „Firma“ sei selbst einem Betrüger in die Hände gefallen. Um den Beweis hierfür erbringen zu können, fuhr ein Mitglied der Bande in irgendeine Stadt im Reiche und bot von dort aus unter einer fingierten Firma die betreffende Ware dem Konsortium an. Durch diese Schwindelfirmen, welche sich „Roland A.-G.“, „Merkur-Handels-A.-G.“ u. a. nannten, ist die deutsche Geschäftswelt um mehrere Millionen Mark betrogen worden.

Die jetzigen Angeklagten wollen durch die Rechtsanwälte Dr. Schmidt, Dr. Rosentkampff, Dr. Straß und Rübellen den Beweis dafür antreten, daß sie selbst völlig in gutem Glauben gehandelt haben und von Krajač betrogen seien. Neben zirka 20 Zeugen ist als Sachverständiger der Gerichtsarzt, Sanitätsrat Dr. Behnen, geladen worden. Wir werden, da es sich um mehrere hundert gleichliegende Fälle handelt, das Ergebnis mitteilen.

Eine mißverstandene Warnung.

Eine Episode aus der Praxis des Mieteinigungsamtes von Weihensee bildete die Grundlage einer Anklage wegen versuchter Nötigung, die gestern den Bureauhilfsarbeiter Julius Grünbaum vor die Strafkammer des Landgerichts III führte.

Der Mieterverein Weihensee, dem der Angeklagte in leitender Stellung angehört, hatte in einer großen Versammlung beschlossen, eine Deputation an das Mieteinigungsamt abzuschicken und durch diese darauf zu dringen, daß der Vermieterbeisitzer, gegen die allerlei Beschwerden vorgebracht worden waren, ihre Ämter niederlegen sollten. Am 25. Januar erschienen vor dem Gebäude, in welchem die drei Kammern des Mieteinigungsamtes togen, etwa 150 Demonstranten und schickten unter Führung eines Herrn Schmidt eine etwa 30köpfige Deputation in die einzelnen Kammern, um sich ihrer Aufgabe zu entledigen. Der Angeklagte, der selbst Mieterbeisitzer bei einer Kammer war, glaubte, daß die Führung der Deputation nicht in den richtigen Händen wäre und übernahm deshalb selbst die Führung, um möglichst alle Erregungen zu vermeiden. Die Verhandlungen liefen sich durchaus gut an, aber im Verlauf derselben sagte der Angeklagte, daß, wenn die vier bezeichneten Beisitzer nicht freiwillig ihre Ämter niederlegten, die Demonstranten wiederkommen würden, und daß es dann nicht so friedlich wie diesmal abgehen würde, denn dann würden diese Beisitzer gewaltsam von ihren Stühlen entfernt werden.

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Copyright, 1920, by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf. Stuttgart u. Berlin

„Nun kann ich aber nicht mehr,“ stöhnte Fräulein, nach Luft schnappend.

„Aber dann ist ein Schnäpschen ausgezeichnet.“ Es half ihr nichts. Sie mußte ein Glas von dem guten Nachhandel probieren. Kein Mensch kam von Tiedemanns fort, ohne gegessen und getrunken zu haben. Das Ehepaar hatte Rügen aus Stahl und setzte sie bei seinen Besuchern auch voraus. Ihre Gastfreundschaft hatte etwas Gewalttames.

„Da wird Papa Görke aber feste in das Portemonnaie greifen müssen,“ sagte Tiedemann mit einem deutlichen Anflug von Schadenfreude. „Wie verhält er sich denn zu seinem Schwiegerjohn?“

„Herr Görke hat sich noch Bedenkzeit ausgebeten.“

„Aha. Die Thea wird ihn schon müde klopfen.“

Frau Tiedemann schrie vor Lachen. „Und ob Thea ihn müde machen wird!“

Fräulein wollte sagen, daß Thea merkwürdig neutral bei dieser Angelegenheit sei, so, als ginge es nicht sie an. Aber sie hielt es für besser, zu schweigen. Man würde ihr hier doch nicht glauben.

„Na, Fräulein,“ sagte Tiedemann und stopfte sich ein neues Stück Käse ohne Brot in den Mund. „Wann werden Sie denn heiraten?“ Sein festes, rundes Gesicht glänzte feuchlich wie eine Speckschwarte.

Fräulein erröte leicht. Sie kannte diese Frage. Jedemal, wenn sie Tiedemanns begegnete, kam dieser glänzende Wig. Frau Tiedemann schrie vor Lachen, daß ihr Gemahl ihr den breiten Rücken klopfen mußte. „Männer, du bist doch zu pudlig.“

„Fräulein will nicht ihren Beruf aufgeben,“ sagte er listig hinzu. „Denn als Frau kann sie ja nicht gut Fräulein sein, nicht wahr?“

Fräulein stand auf. „Es ist die höchste Zeit, adieu!“ Sie ging schnell hinaus. Ohne einen gewissen Aufwand von Energie kam man nicht von Tiedemanns fort. Als sie den Hof überquerte, hob Sultan den schweren

Der Angeklagte will hiermit keineswegs eine Nötigung, sondern vielmehr eine Warnung ausgesprochen haben. Der Staatsanwalt hingegen beantragte wegen versuchter Nötigung die hohe Strafe von 6 Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten schuldig. Mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit der Handlungswelt erkannte das Gericht auf 1 Monat Gefängnis, wobei, wie der Vorsitzende erklärte, das Gericht nicht verkennen wollte, daß der Angeklagte vielleicht doch durch sein Eingreifen beabsichtigt haben mag, die Menge von Gewaltmaßnahmen abzuhalten.

Große öffentliche Wählerversammlungen

Heute, Dienstag, den 20. September, abends 7 Uhr:

2. Kreis (Tiergarten): 1. 4. Abt.: Schulgala des Charlottenheims, Steglitzer Str. 24. Thema: „Der Kampf gegen die Reaktion im Stadtparlament“. Ref.: Emil Dittmer. 2. 37. und 38. Abt.: Schulgala Turmstr. 86. Ref.: Paul Hirsch, Ministerpräsident a. D. 3. 39., 40. und 41. Abt.: Arminushallen, Bremer Straße 73. Ref.: Pfarrrat Dieker.

4. Kreis (Brenzlauer Tor): 29. Abt.: Schulgala Senefelderstr. 6. Thema: „Bayern — Preußen — Berlin“. Referent: Jakob Altmaier.

5. Kreis (Friedrichshain): „Königsbank, Gr. Frankfurter Str. 117. Thema: „Der Kampf gegen die Reaktion im Stadtparlament“. Ref.: Friedrich Müntner.

10. Kreis (Dahlem): 8 Uhr bei Schilling, Königin-Casse-Str. 42. Thema: „Die politische Lage und die Stadtverordnetenwahlen“. Ref.: Gen. Joachim.

15. Kreis (Niederschöneweide): Beamte, Angestellte und Arbeiter der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden: 8 Uhr, in der Schulgala Berliner Str. 31. Thema: „Die Beamten und die Stadtverordnetenwahlen“. Ref.: Ud. Wuschel.

17. Kreis (Friedrichsfelde): bei Gutzeit, Wilhelmstr. 11. Thema: „Stadtverordnetenwahlen und die Reaktion“. Ref.: Karl Heßgold.

17. Kreis (Mahlsdorf): 8 Uhr, bei Anders, Bahnhofstraße. Thema: „Die Reaktion im Stadtparlament“. Ref.: Stadtverordneter Friedrich Schlenz.

19. Kreis (Buckholz): bei Köhne, Berliner Straße 39. Thema: „Die politische Lage und die Stadtverordnetenwahlen“. Ref.: Stadtverordneter Gustav Juch.

Morgen, Mittwoch, den 21. September:

20. Kreis (Hermisdorf): 8 Uhr, im Restaurant Bellevue (Nähe des Bahnhofs). Thema: „Die politische Lage und die Stadtverordnetenwahlen“. Ref.: Dr. Kallmann.

Der Heiratsschwindler als Marineoffizier.

Ein gefährlicher Heiratsschwindler und Erpresser, der früher schon einmal viel von sich reden machte, ist von der Kriminalpolizei wieder festgenommen worden. Es ist ein 30 Jahre alter Reisender Erwin Krüger, der den kriegsüberlebten Marineoffizier spielte und jetzt als Ingenieur austrat. Krüger, der ehemals Matrose war, hat infolge einer häßlichen Krankheit die rechte Hand verloren. Heiratssüchtigen Damen, denen er sich mit seinen Erzählungen aus dem Steckbrief interessant machte, spiegelte er vor, daß sie ihm abgeholfen worden sei. Nach Verbüßung einer längeren Gefängnisstrafe näherte er sich jetzt den Damen als kriegsbeschädigter Ingenieur. Es gelang ihm abermals, eine ganze Reihe von Opfern in seine Netze zu locken. Am gefährlichsten wurde er denen, die sich zu weit mit ihm einließen. Diese zwang er durch die Drohung mit ihrer Wohltätigkeit zur Hergabe immer neuer Geldmittel, sogar der Schmuckstücke, die er dann zu Geld machte. Der Kriminalpolizei gelang es jetzt, den Schwindler in einer Bewachung am Kottbusser Dammt. zu ermitteln und festzunehmen. Betrogene Mädchen und Frauen, die noch keine Anzeige gemacht haben, werden ermahnt, sich im Zimmer 154f des Berliner Polizeipräsidiums zu melden. Ihre Mitteilungen werden vertraulich behandelt.

Tarifserhöhung im Personenverkehr.

Mit Wirkung vom 1. Dezember ab werden die Fahrpreise des Fernverkehrs einschließlich der Fahrpreise für Hunde, Arbeitererückfahr- und Zeittarifen um 30 v. H. erhöht. Die Erhöhung erstreckt

sich auch auf die Schnellzugzuschläge, die künftig in der 1. Zone (bis 75 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 10, in der 3. Kl. 5 M., für die 2. Zone (76—150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 20 M., in der 3. Klasse 10 M. und in der 3. Klasse (bei Entfernungen von über 150 Kilometern) in der 1. und 2. Klasse 30 M., in der 3. Klasse 15 M. kosten werden. Ueber die neuen Fahrpreise im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr, die sich ebenfalls zum 1. Dezember erhöhen werden, ist noch nichts bekannt.

Die Vorarbeiten für die Tarifserhöhungen im Güter- und Tierverkehr, die abweichend von den Erhöhungen im Personenverkehr bereits am 1. November in Kraft treten sollen, sind voll im Gange. Auch für diese Tarife soll, wie wir erfahren, dem vorläufigen Eisenbahnbeirat eine gleichmäßige Erhöhung von 30 v. H. vorgeschlagen werden, die voraussichtlich in Form eines rohen Zuschlages zur Erhebung kommen wird.

Theodor Göde †. Schon wieder ist einer von der alten Garde dahingegangen. Unser Theodor Göde ist am 16. September gestorben. Am 14. April 1837 zu Braunschweig geboren, erlebte er dort das Zigarrenmachen, wanderte 1857 nach Hamburg und kam von dort im selben Jahre nach Berlin. Im Handwerkerverein, wo sich alle strebsamen und bildungshungrigen Bürger und Arbeiter zusammenschlossen, sahen wir auch Th. Göde wieder. Die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Schulze-Dehnbach, Passale usw. treiben ihn der Partei in die Arme, deren Mitglied er treu bis zu seinem Tode, trotz Drängens der Gegenseite, geblieben ist. 35 Jahre wohnte er im früheren 4. Berliner Wahlkreis, Wrangelstraße. Seit 1912 gehörte er der 41. Abteilung in Moabit an, wo er in treuer Pflichterfüllung alle öffentlichen Vorgänge in selten geistiger Frische verfolgte. Die Partei wird ihren Th. Göde nicht vergessen.

5000 M. Silbergeld beschlagnahmt. Der Kaufmann Ritter, der aus Galizien stammt und in Berlin in der Kaiserstraße wohnte, hatte in der letzten Zeit in Berlin und Umgebung Hartgeld aufgekauft, um es über das besetzte Gebiet nach dem Ausland zu schaffen. Dazu benutzte er ihm zur Verfügung stehende Beziehungen in Köln. Kriminalbeamte beobachteten ihn, als er mit schweren Koffern wieder nach dem Westen abreisen wollte. Sie durchsuchten die Koffer, fanden darin 5000 M. Silbergeld, beschlagnahmten dieses und nahmen Ritter fest.

Eine freie Schulgemeinde ist in Moabit im Entstehen. Sie will dazu beitragen, die Gemeinschaftsschule im Sinne Bauhaus herbeizuführen. Eine von der Arbeitergemeinschaft sozialistischer Elternbeiräte Moabits (S.E.M. und U.S.P.D.) einberufene Elternversammlung, in der Herr Hoedde über die Gemeinschaftsschule referierte, sprach ihre Zustimmung aus. Vorsitzende der freien Schulgemeinde sind Hanke (Wicelstr. 40) und Krampe (Beußstr. 66). Sie nehmen Anmeldungen entgegen.

Der ärztliche Referent der Säuapo Hlisch verunfallt. Gestern vormittag wurde vor dem Hause Hohenzollernkorso 16 beim Herabsteigen des Straßendamms der Generaloberarzt a. D. Dr. Hlisch von einer elektrischen Überführung. Er wurde mit einem schweren Schädelbruch nach dem Staatskrankenhaus in der Scharnhorststraße transportiert, wo er, ohne die Bestimmung wieder zu erlangen, etwa nach einer Stunde verstarb. Dr. Hlisch war der ärztliche Referent der Schutzpolizei für Preußen im Ministerium des Innern.

Immer wieder die Wasserabzehrungen! Die städtische Wasserinspektion hat, wie uns mitgeteilt wird, den Mietern der Häuser Markussir. 25/27 abermals das Wasser abgeperrt. Es ist bereits das zweite Mal, daß die Mieter der betreffenden Häuser von dieser Maßnahme betroffen werden.

Die Massendemonstration in Bernau, die am Sonntag, den 18. September von dem Gewerkschaftskartell gemeinsam mit den drei sozialistischen Parteien veranstaltet war, und an der sich außer den Genossen der Nachbarorte auch eine erhebliche Anzahl von Berliner Genossen beteiligte, war eine machtvolle Kundgebung der Arbeiterschaft gegen die Reaktion. Eingeleitet wurde die Demonstration durch Gesang des Arbeitergesangvereins Schönow. Die Genossen Bierhäuser (S.P.D.), Bieweger (U.S.P.D.) und Meyer (S.P.D.) forderten unter lebhaftem Beifall der über 2000 Personen zählenden Demonstranten zum einmütigen und geschlossenen Vorgehen der Arbeiterschaft gegen die fortwährenden Übergriffe der reaktionären Clique auf, die, weil ihnen nach dem 9. November trotz ihrer Kienenschuld vom quimütigen Volk kein Haark geträumt worden ist, überhaupt erst wieder so übermütig hat werden können.

Nach Beendigung der Bernauer Demonstration von der größte Teil der Demonstranten, insbesondere die kommunistische Jugend, nach dem benachbarten Wilmsdors, wo eine Kriegerdenkmaleinweihung mit monarchistischem Einschlag stattfand. Dort kam es dann zu behauerlichen Zwischenfällen.

dunklen Kopf und ließ ihn dann wieder mit einem Seufzer sinken.

Bei Brandstätters — er war Baurat — kam Fräulein nicht in die Wohnung. Man ließ sie auf dem Korridor warten. Brandstätters legte Wert auf Distanz.

Endlich kam der Baurat, ein kleines, dürres Männchen. „Sie wünschen?“

Fräulein sagte ihren Auftrag her. Sie war hier immer etwas eingeschüchtert.

„Verlobt. So, so,“ sagte der Baurat. „Und Gymnasiallehrer — das ist ja ein netter Zuwachs. Nun, jeder ist seines Glückes Schmied. Elise!“

Frau Brandstätter kam heraus und hörte die Kunde. „Mittwoch abend. Das paßt schlecht. Da ist doch Beschränkchen im Frauenverein. Auf eine Stunde werde ich aber wohl abkommen können.“

„Du mußt, liebes Kind. Julius Görke würde es dir übel nehmen.“ Brandstätter war der einzige aus der Familie, der Görke verehrte; ein deutliches Band von Sympathie vereinigte sie.

„Wenn du meinst, Theodor —“ Mit einem schwachen Kopfnicken gegen Fräulein zog sie sich wieder in ihr Zimmer zurück.

„Also bestellen Sie, daß wir zur festgesetzten Stunde da sein werden. Pünktlich. Und richten Sie Grüße aus. Vergessen Sie nichts!“ Brandstätter behandelte Fräulein immer wie ein Schulkind. „Haben Sie noch andere Beforgungen zu verrichten?“

„Nein, jetzt muß ich nach Hause. Werners Schularbeiten sind noch durchzusehen.“

„Da können Sie mir wohl noch diesen Brief einstecken. In der Hauptpost. Vergessen Sie das nicht!“

Fräulein ging. Bei Tiedemanns stand man unter einer zu heißen, bei Brandstätters unter einer zu kalten Dusche. Vergerlich steckte sie den Brief in den erstbesten Briefkasten und fuhr mit der Elektrischen eilends zum Fischmarkt. — Denn es war schon spät geworden.

Als Fräulein die kleine Eva Franzius zu Bett gebracht hatte, begab auch sie sich an den Abendisch. Man war fast fertig, aber Fräulein war es gewohnt,

später nachzugehen. Nur mußte sie sich heute beeilen, da ja nachher der Familientat stattfand.

Ein flüchtiger Blick über die Tafel zeigte ihr, daß sie bis auf den Oberlehrer da waren. Sie erschraf: war er krank? Im Trubel dieser Tage hatte sie sich nicht um ihn kümmern können.

Da sagte Frau Görke, wie als Antwort auf ihre unausgesprochene Frage: „Onkel kommt nach dem Essen. Er hat eine Konferenz.“

Görke runzelte die Stirn. Er kannte diese Konferenzen: der Oberlehrer beschränkte den Verkehr mit der Verwandtschaft auf das Notwendigste. Das machte aber einen schlechten Eindruck auf die anderen, zumal man Hausgenosse war. Es war direkt Mangel an Disziplin.

Tiedemann drüben lobte den Pudding. „Er ist großartig. Schneid mir noch ein Stück ab, Mauschen.“

„Ach Männer, du hast ja schon drei.“

„Ja hast du schon mal gesehen, daß ein Stuhl auf drei Beinen steht?“

Frau Tiedemann schrie auf vor Lachen und Entzücken und patzte ihres Gemahls fetten Rücken.

Der Baurat sah ernst und verweilend zu ihr herüber und suchte Görkes Blick. Der zuckte die Achseln.

Tante Berta ließ ihre Augen wie Spürhunde um die Tafelrunde wandern, indes sie langsam das Kompott löffelte.

Tante Tine ah wie ein ausgehungertes Sackträger und blickte dabei andauernd auf Thea, die ihr gegenüber saß. . . .

Keiner sprach von der Verlobung, die sie doch alle hier zusammengeführt hatte. Görke hatte gewünscht, daß erst nach Tisch darüber geredet werde, und er war gewohnt, daß seine Wünsche respektiert wurden — in seiner Expeditionsfirma ebenso wie in seiner Familie. Im Grunde hielt er sie alle für seine Angehörigen.

Viel gesprochen wurde nicht. Ein Eishauch von Ungeheimlichkeit wehte durch das hohe Zimmer. Thea sah still geduckt, wie eine Verbrecherin. Plötzlich lächelte sie.

Der Papagei, der in der Ecke im verhängten Bauer saß, war durch die Tafelnden munter geworden und versuchte das Tuch nach innen zu ziehen. „Menschchen von Tharau ist's, die —“ schnarrte er dabei und gleich hinterher: „Schafskopf!“

Frau Tiedemann sprach von dem neuen Dampf, der nach Hela fuhr. Eine richtige Restauration sei darauf. „So gar Lachsbrötchen gibt es, so viel, und Grog von Rum und Arrak.“ (Fortf. folgt.)

Minister so blamiert. Was das sogenannte Verschwörerschlößel bei Neubauern betraf, so habe noch kürzlich ein aktiver Reichsminister aus der Partei des Herrn Dr. Wirth dort gewirkt. (Juriste: Hermes.) Mit aller Entschiedenheit sprach sich Dr. Heim für eine Politik der Rüttele aus und schüttelte alle extremen Elemente, auch die der Rechten ab. Namentlich von den Nationalsozialisten will Dr. Heim nichts wissen. Er erklärte, von Reuten von rechts, besonders wenn sie keine Bodenständigkeit haben und sich nur an einer Macht bereichern, die sie nicht besitzen, lasse sich Bayern nicht seine Politik verderben. Auch dieser Strömung müsse der Kampf bis aufs Messer gelten. Was wir brauchen, sei nicht eine Politik der Krawalle, sondern der Geduld. Die Versammlung sprach dem Ministerpräsidenten Rahr den Dank für die bisher dem Vaterlande geleisteten Dienste aus.

Die Stimmung gemacht wurde.

Alsbad nach Rahr's Rücktritt setzte der große Depeschenturm ein, der als „spontane“ Kundgebung der Bevölkerung Rahr zum Bleiben veranlassen sollte. In Wirklichkeit war es ein inzentrierter Rummel. Unser Münchener Parteiblatt ist in der Lage, folgendes Telegramm zu veröffentlichen:

München, 15. September 1921. Sofort in Stadt und Land Telegramme der Treue an Rahr und des Protestes an den Landtag organisieren, abschießen, veröffentlichen.

Bayrischer Ordnungsbund.

Dies Telegramm wurde nach allen Richtungen ausgeschickt, und die Wirkung war denn der Depeschenturm. Es geht doch nichts über eine schöne Regie! Nur ist die Wirkung aus, wenn während des Spiels höchlich der Regisseur sichtbar wird.

Einstweilen noch Rahr.

München, 19. September. (U.) Vor dem Volksgericht München fand heute die Verhandlung gegen den Abg. Fischer-Nürnberg von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei statt, der sich wegen Hochverrats zu verantworten hatte. Es handelt sich um die von Fischer in München am 8. September gehaltenen Rede zugunsten einer selbständigen nordbayerischen Republik. Das Urteil lautete wegen öffentlicher Aufforderung zum Hochverrat auf 1 Jahr 3 Monate Festungshaft unter Anrechnung einer Woche der Untersuchungshaft.

Das geschieht in dem gleichen Lande, dessen bisherige Minister mit Hochverrätern von rechts persönliche Fähiung hatten! Im übrigen ist es sicherlich, derartige Abrennungsbestrebungen innerhalb des Reichs zum „Hochverrat“ zu stempeln, da ja die Reichsoberleitung ausdrücklich die Möglichkeit gibt, auf legalem Wege eine Umgruppierung der Länder nach dem Wunsche der Bevölkerung vorzunehmen.

Gegen den „Rechtsholzhemismus“.

Das in Würzburg erscheinende Organ der Christlichsozialen Partei Bayerns „Das Neue Volk“ veröffentlicht unter der Überschrift: „Der Rechtsholzhemismus — eine Warnung“ einen Artikel, in dem es sich in scharfer Weise gegen das Treiben der Rechtsholzhemisten in Bayern wendet. Zusammenfassend charakterisiert es hierin die Zustände folgendermaßen: Eine bezahlte Presse im Süden Bayerns leistet systematisch Verbeugungsarbeit. Aus ganz Preußen jagen alle Reaktionen und Umstürzer nach München, ein England und Ludendorff arbeiteten im stillen und offen, Leute, die sich schämen sollten, heute vor das Volk zu treten, nachdem ihre Politik unter Volk zerfallen und ins Elend gestiegen hat. Die Ränder sind früher Offiziere, Angehörige der Brigaden Ehrhardt, die Müller-Frankens „Die Schande Deutschlands“ nannte, deren Beichshaber in München sich wohl befindet. Die Ränder waren vorher bei Dr. Heim Bolonäre, sind Anhänger der Richtung, die nicht genug aufstrumpfen kann, und hinter der ganzen Geschichte barg sich der Plan einer kleinen Clique, in München und im Lande eine kleine Revolution zu machen und Ruprecht zum König auszurufen.

Die Mörderfrage.

München, 19. September. (U.) Die Untersuchung in der Mordfrage Erzberger ist vorläufig in München abgeschlossen worden. Außer den bereits namentlich gemeldeten 11 Personen wurde niemand mehr verhaftet. Die hier aus Baden weilende Untersuchungskommission hat München verlassen. In Baden sollen nun die Erhebungen fortgesetzt werden. Von den in München festgenommenen 11 Personen bleiben fünf weniger belastete Personen in München in Haft, während die anderen sechs Personen, darunter von Killinger, nach Offenburg geschafft werden. Es besteht nicht mehr der geringste Zweifel an der Täterschaft der flüchtigen Personen Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen, von denen immer noch jede Spur fehlt.

Attentat oder großer Unfug?

Ländelsfeld, 19. September. (U.) Gestern Abend wurde während der Sitzung des Parteilages der Deutschen Volkspartei in der großen Schützenhalle ein Schuß von außen durch das Fenster der Halle gegeben, der glücklicherweise keine Folgen hatte. Man nimmt an, daß der Schuß gegen Dr. Stresemann gerichtet war, da er in der Richtung auf das Rednerpult abgefeuert wurde. Stresemann hatte aber kurz vorher seine Rede beendet und Abg. Hugo war an seine Stelle getreten. Der Täter ist unerkannt entkommen. Der Schuß ist, wie später festgestellt wurde, aus einer Pistole abgegeben worden.

Neue Erklärung der preussischen Regierung.

Die preussische Regierung veröffentlicht folgende Erklärung: In einer Aeußerung des preussischen Ministerpräsidenten vom letzten Sonntag in Sachen des Streifalles zwischen dem Reich und Bayern ist am Schluß ausgesprochen worden, daß die Angelegenheit nicht durch die Parteibrille, sondern ruhig und sachlich betrachtet und behandelt werden müsse. Wie berechtigt dieser Hinweis war, geht aus mehreren Pressäußerungen im Anschluß an die am gleichen Tage veröffentlichte Erklärung der preussischen Regierung hervor. Preußen hat mit diesen beiden Schritten überhaupt nicht Partei ergriffen, weder gegen das Reich, noch für Bayern. Aufgabe der preussischen Regierung bei der Gesamtsage am letzten Sonnabend war es vielmehr, zu verhindern, daß neben dem Streit zwischen dem Reich und Bayern sich nicht noch ein weiterer Streit zwischen Preußen und Bayern ohne das Zutun Preußens herausbilden werde, womit die politische Gesamtsage nur verschärft worden wäre. Das war der allgemeine Zweck der Erklärung der preussischen Regierung. In der eingangs erwähnten Aeußerung des preussischen Ministerpräsidenten ist ausgesprochen worden, daß die jetzige Zeit bei der außerordentlich ersten außenpolitischen und finanziellen Lage des Reichs und bei der Erregung im Innern aus Anlaß der Ermordung Erzbergers nicht geeignet ist, die Frage der staatlichen Zuständigkeit zwischen Reich und den Ländern auf die Spitze zu treiben und zur endgültigen Klärung zu bringen. Daraus geht deutlich hervor, daß es die preussische Regierung nicht für angebracht hält, jetzt den Streit um die Weimarer Verfassung, d. h. um die Frage, ob Zentralismus oder Föderalismus, woraus verschiedene Kreise in München und Berlin hindringen, zum Austrag zu bringen.

Sowjetgrößen in Berlin. Der Volkskommissar für den Außenhandel Krassin und der Volkskommissar für das Bildungsweesen Lunatschawski sind, laut Dit-Expreß, in Berlin eingetroffen.

Frankreich zieht Truppen zurück.

Berlin, 19. September. (WZ.) Die französische Regierung hat der deutschen Regierung am 17. September folgende Note überhandt: Die französische Regierung hat die Zurückverlegung der im Mai d. J. in die besetzten Gebiete gesandten Truppen nach Frankreich beschloffen. Die Truppenbewegung soll am 15. September beginnen und vor Ende des Monats beendet sein.

Es handelt sich wohlgerne nicht um die Truppen, die in Ausführung der militärischen Sanktionen die drei Ruhrkohlenhäfen besetzt halten, sondern um jene Kontingente, mit denen Frankreich in diesem Frühjahr das ganze Ruhrgebiet zu besetzen beabsichtigte. Da Frankreich sich nicht einmal dazu entschließen kann, die wirtschaftlichen Sanktionen zu beseitigen, deren Aufhebung grundsätzlich vom Obersten Rat für den 15. September beschloffen worden war, ist es leider erst recht nicht anzunehmen, daß es im Zusammenhang mit dieser Zurückverlegung von Truppen auch eine Räumung Düsseldorf, Duisburgs und Ruhrort's zu vollziehen beabsichtigt. In dessen je weniger Besatzungstruppen am Rhein stehen, desto lieber kann es uns im Interesse der dortigen Bevölkerung und der Reichsfinanzen überhaupt sein.

Vorwände gegen die Abrüstung.

Genf, 19. September. (WZ.) Den Mitgliedern des Völkerbundes und der Versammlung ging heute der Bericht der Kommission für Abrüstungsfragen zu, die auf Beschluß der letztjährigen Versammlung eingesetzt wurde. In dem ausführlichen Bericht verdienen vor allem die politischen Betrachtungen über die allgemeine Lage und besonders Deutschlands Interesse. Sie versuchen den Nachweis zu führen, daß die heutige politische Lage eine Abrüstung sehr schwierig macht. Als der Entwurf ausgearbeitet wurde, so heißt es wörtlich, rechnete man damit, daß alle Völker Mitglieder derselben Vereinigung sein würden und daß die gemeinsame Absicht, den Frieden auf dem gesamten Erdball zu erhalten, sie miteinander verbinde, daß alle Nationen miteinander in Frieden leben würden und daß nach den Erschütterungen des Krieges die Welt zur Ruhe gelangen würde. Diese Bedingungen sind heute nur teilweise erfüllt. (Durch wessen Schuld! Red.) Drei Großmächte, von denen die eine gegenwärtig, die beiden anderen potentiell über große militärische Mittel verfügen, gehören dem Völkerbunde nicht an. Solange aber die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland am Völkerbund nicht teilnehmen, wird es für seine Mitglieder heute schwierig sein, gemeinsam einen separativen und fortschreitenden Abrüstungsplan oder einen vollständigen und rückhaltlosen Austausch über militärische Nachrichten vorzunehmen. Der Bericht weist besonders auf die Befürchtungen der Rußland benachbarten Staaten hin, die noch unsichere Lage der deutschen Republik, die erste Spannung zwischen Litauen und Polen und die Tatsache, daß die aus der Zerstückelung Oesterreich-Ungarns hervorgegangenen Staaten sich noch nicht völlig der durch die Friedensverträge geschaffenen Lage angepaßt haben. Zwischen Griechenland und der Türkei herrscht immer noch Krieg. Der Friede von Severs sei noch immer nicht ratifiziert worden, und auch die mohammedanische Welt sei voll von Unruhen. Die Antworten, die die verschiedenen Regierungen dem Generalsekretär über ihre Heeresausgaben erteilten, beweisen hinreichend die Unsicherheit der allgemeinen politischen Lage und zeigen, mit welcher Voracht die Völkerbundsmitglieder an die Prüfung konkreter Abrüstungsfragen herantreten. Als einzigen wirklichen Fortschritt auf dem Gebiete der Abrüstung führt der Bericht die durch die Friedensverträge gewonnenen Staaten aufgezwungene Abrüstung an. Es heißt darüber: „Die Ausführung dieser Bedingungen ist auf dem Wege guter Bewirtlichung. Wir hoffen, daß sie durch die Errichtung eines festen demokratischen Regimes gefördert wird.“ Das wäre eine wesentliche Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens. Tatsächlich wurde im Laufe der Geschichte niemals eine so wesentliche Maßnahme von so großer Tragweite getroffen, wie die Abschaffung der Dienstpflicht in Deutschland und die Herabsetzung der regulierten Streitkräfte dieses Landes auf ein freiwilliges Heer, das nicht die notwendigen Bedürfnisse der inneren Verteidigung überschreitet. Die strenge Aufrechterhaltung dieser Lage wird nicht nur die Abrüstungsbeschränkungen in anderen Ländern erleichtern, sondern die Aufrechterhaltung des Friedens in Westeuropa zur Folge haben.“ Der Bericht befaßt sich an verschiedenen Stellen mit der Entwertung Deutschlands. So heißt es in dem Bericht der zweiten Unterkommission über das Unterjochungsrecht des Völkerbundes: „Man kann praktisch an das Abrüstungsproblem kaum herantreten, wenn man sich nicht erst darüber versichert, daß alle in den Verträgen vorgeschriebenen Maßnahmen vollständig und loyal durchgeführt werden. Erst wenn auf diese Weise Sicherheit geschaffen ist, kann die allgemeine Abrüstung ins Auge gefaßt und allmählich gelöst werden. Das Studium dieses Unterjochungsrechts, das die Ausführung dieser Maßnahmen kontrollieren soll, ist also eine der wesentlichsten Vorbedingungen für die Lösung dieses Problems.“

Diese Auffassung, die auch in dem französischen Änderungsantrag zu Artikel 9 zum Ausdruck kommt, zeigt von neuem, daß das Abrüstungsproblem für den Völkerbund sich im wesentlichen auf die Durchführung der Friedensverträge beschränkt und bestätigt die Kritik, die der norwegische Gesandte Lange in der vergangenen Woche an der einseitigen und ungenügenden Behandlung der Abrüstungsfrage übte.

Der Schlußbemerkung dieses WZB-Berichtes müssen wir leider restlos zustimmen. Es ist einfach ein schlechter Witz, wenn jene, offenbar unter französischem Einfluß stehende Kommission sich jetzt auf das „Fernbleiben“ Deutschlands vom Völkerbund beruft, um die Abrüstung der alliierten Staaten — denn es kann sich nur noch um diese handeln — zu verschleppen. Wer hat denn in Versailles den Ausschluß Deutschlands vom Völkerbund durchgesetzt? Clemenceau! Wer war es denn, der dann auf der ersten Vollversammlung, als die Frage der Zulassung Deutschlands vom Schweizer Rotta schüchtern erwähnt wurde, entsetzte Töne dagegen geredet? Briand! Und wenn sich das waffenstarrende Frankreich heute auf die Abwesenheit des niedergeworfenen Deutschlands, des hungernden Rußlands und der Vereinigten Staaten (!) beruft, um seine Millionenheere weiter im Mutterlande und — auf Kosten Deutschlands — am Rhein unterhalten zu können, so ist dies nur ein neuer Beweis dafür, daß in Paris drei Jahre nach dem Kriege die Militärs das entscheidende Wort führen.

Gerade wir, die als Sozialdemokratische Partei und als Mitglied der Zweiten Internationalen überzeugte Anhänger der Idee des Völkerbundes sind, müssen das, was sich gegenwärtig in Genf abspielt, als eine widerwärtige Heuchelei bezeichnen.

Den Genfer Herrschaften ins Stammbuch.

Madeid, 19. September. (WZ.) „Libertad“ bringt einen Artikel von Binars über die Stärke der deutschen Regierung und den Sieg der Demokratie. Berlin sei die wichtigste militärische und am meisten demokratische Hauptstadt Europas.

Ein Nekrolog. Zum Tode Philipp Eulenburgs bringt die „Kreuzzeitung“ eine Lebensbeschreibung, die mit dem Jahre 1902 schließt. Daß der Name des Fürsten noch in späteren Jahren recht erheblich in der Öffentlichkeit genannt wurde, ist der Aufmerksamkeit der „Kreuzzeitung“ entgangen. Immerhin berichtet die „Kreuzzeitung“, daß im Jahre 1887 ein Theaterstück Eulenburgs im Schauspielhause aufgeführt wurde. Offenbar ist dies der Grund, weshalb man sich heute noch seines Namens erinnert.

Rheinlandkommission gegen Heßblätter.

Paris, 18. September. (WZ.) Nach einer Hasasmeldung aus Koblenz hat die Internationalisierte Rheinlandkommission beschloffen, die Einführung derjenigen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet endgültig zu untersagen, die schon zweimal suspendiert worden sind und dieser doppelten Warnung nicht Rechnung getragen haben. Bei dieser Gelegenheit hat die Kommission den deutschen Reichskommissar gebeten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen in Europa darstellt. Die deutsche Regierung werde wohl alle Anstrengungen machen, daß sowohl im besetzten als im unbesetzten Deutschland die heftigen Angriffe gegen die Besatzungsbehörden und gegen die alliierten Mächte aufhören, mit demselben Rechte wie gegen deutsche Behörden gerichtete Angriffe, die gleichfalls die öffentliche Ordnung zu stören drohen.

Daß die Rheinlandkommission gegen jene Blätter vorgeht, deren Rolle tatsächlich unheilvoll ist, wäre durchaus verständlich, wenn sie ihre Macht auch gegen die französische Presse gebrauchen würde, die eine mindestens ebenso schwere Gefahr für die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen in Europa darstellt. Der Geist der Besatzungstruppen, besonders des französischen Offizierskorps, wird durch Blätter vom Schlage des „Echo de Paris“ und des „Figaro“ in viel gefährlicherer Weise vergiftet, als der Geist der rheinischen Bevölkerung durch die Karikaturen des „Simplicissimus“ um. Es ist ein eigenartiges Ansehen, das hier zwischen den Zeilen an die Reichsregierung gestellt wird, die Verordnung des Reichspräsidenten in dieser Hinsicht anzuwenden, während den Heßereien der Presse des „nationalen Bloks“ freier Lauf gelassen wird!

Die norwegische Regierung hat die Sowjetregierung als de facto anerkannt.

Räumungsgebot an Ungarn. „Daily Express“ berichtet, daß die Besatzungskonferenz Ungarn auffordern wird, das Burgenland innerhalb 14 Tagen zu räumen.

Wirtschaft

England und der Marksturz.

Zu der deutschen Börsenkrise bemerkt das englische Finanzorgan „Daily Mail“: Die ausländischen Valuten sanken gestern (Mittwoch) neuerdings an der Londoner Börse. Der Frank ist wiederum viel weniger wert, und mit der deutschen Mark verhält es sich ähnlich. Mit diesem Kurssturz steht die Arbeitslosigkeit in engem Zusammenhang, die in England herrscht. Denn die kontinentalen Märkte sind dem englischen Außenhandel vollkommen verschlossen, namentlich Deutschland ist nicht mehr imstande, auf englischen Märkten zu kaufen. Dagegen bereitet Deutschland dem englischen Handel in ganz Europa die größte Konkurrenz, denn der Tiefstand der Mark ermöglicht es ihm, zu weit billigeren Preisen zu verkaufen. Die Arbeitslosigkeit ist eine ruindöse Bürde für den englischen Steuerzahler, weil dieser für die Arbeitslosenunterstützung aufkommen muß. Man habe allerlei untaugliche Versuche gemacht, die Arbeitslosenfrage zu lösen, man habe Ministerkomitees eingesetzt und Notstandsordnungen ins Auge gefaßt. Was aber auch die Regierung beschließen möge — alles werde vergeblich sein, solange man nicht Mittel und Wege findet, den internationalen Kredit wiederherzustellen, daß der Handel wieder aufleben kann.

Die „Daily Mail“ befragte eine Reihe von Industriellen über die Krise. Aus den Antworten sei die von Harald Bomben, dem Präsidenten der Raleigh Cycle Comp. in Nottingham, wiedergegeben, die ausführlich:

„Wenn die Valuten wieder auf ihren normalen Stand gerieten, könnten die Engländer die deutsche Konkurrenz ertragen. Gegenwärtig aber sei es unmöglich, diese Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Die skandinavischen Länder könnten überhaupt keine englischen Fabrikate mehr kaufen. Die Deutschen haben überall in den skandinavischen Ländern ihre Agenten und verkaufen dort ihre Waren. Diese kommen aus den neutralen Ländern nach England, wo man sie für — neutrale Fabrikate erklärt. Man müsse von einem Zusammenbruch des englischen Außenhandels sprechen, durch den die Arbeitslosigkeit in England herbeigeführt würde. Nur wenn es gelänge, die internationalen Kurse wieder ins Gleichgewicht zu bringen, könne sich der englische Außenhandel wieder erheben.“

Der Präsident der Vereinigung englischer Industrieller, Peter Rylands, erklärte, daß der Sturz des Marksturzes der größte Vorteil für Deutschland sei. Dieser Vorteil könnte Deutschland nur genommen werden, wenn die Mark wieder ihren normalen Stand einnehme, wodurch die gegenwärtigen Schwierigkeiten des englischen Handels überwunden werden könnten.

Wir stehen zwar nicht auf dem Standpunkt, daß der Marksturz segensreich für Deutschland ist, und sehen in der Wertentwertung eine große Gefahr für die Leistungsfähigkeit der Staatsfinanzen, der durch verminderte Kaufkraft verelendenden Arbeiterschaft und damit auch für die Industrie, stimmen den englischen Finanzleuten aber durchaus zu, wenn sie den Schwerpunkt des Problems auf die Stabilisierung der internationalen Kurse legen. Es war vorauszusetzen, daß die Bezahlung der Reparationen in Goldwerten eine Erschütterung des Marksturzes und damit eine Erschütterung des Weltmarktes nach sich ziehen würde. Deutschland und seine Arbeiterschaft wird sich auch weiter durch Arbeit über Wasser halten, aber ohne weitere Erschütterungen und Unsicherheiten auf dem Weltmarkt wird es auch in Zukunft nicht abgehen. Man kann an das Problem einer Gefundung der internationalen Währung nicht herangehen, ohne die Wechselwirkung zwischen Kurschwankung und Wiedergutmachung zu berücksichtigen. Im übrigen möchten wir davor warnen, die Börse als Wertmesser für den Wohlstand Deutschlands anzusehen und aus den Spekulationsgewinnen einiger Börsenjobber und Wiedergutmachungsgewinner Rückschlüsse zu ziehen. Die Industrie hat keinen Nutzen an dem Marksturz, da er wie alle Produkte, so auch die Rohstoffe und Arbeitskräfte wesentlich verteuert.

Letzte Nachrichten.

Raubmord in der Zwinmünder Straße.

Am Montagabend gegen 6 1/2 Uhr wurde der arbeitslose 60 Jahre alte Klempner Richard Rosow in seiner Wohnung im Hinterhof des Hauses Zwinmünder Straße 121 im Bett liegend tot aufgefunden. Der Mann war nur mit Hemd und Hose bekleidet. Das Gesicht war über und über mit Blut besudelt. Nachbarn, die ihn seit Sonnabend nicht gesehen hatten, benachrichtigten die Kriminalpolizei, die in kurzer Zeit zur Stelle war. Altem Anschein nach liegt ein Raubmord vor, da die Verhältnisse im Vorderzimmer sämtlich durcheinandergeworfen sind. Was geraubt worden ist, konnte bisher nicht festgestellt werden, da man darüber erst die Angehörigen des Ermordeten hören muß.

Gewerkschaftsbewegung

Existenzminimum: 70 000 Mark.

Bekanntlich nehmen die Unternehmer jede Gelegenheit wahr, um der Öffentlichkeit darzulegen, daß die Kosten des Lebensunterhaltes keineswegs so gestiegen seien, wie dies von Arbeitnehmerseite geschilbert wird. Es ist klar, daß die Unternehmer zur Durchführung ihrer Lohnpolitik ein Interesse haben, die Lebensunterhaltskosten so niedrig als möglich anzugeben. Wie in Wirklichkeit die Welt die Verteuerung der Lebenshaltung einschätzt, beweist folgender Brief, den die Deutsche Bank in Berlin an einen ihrer amerikanischen Geschäftsfreunde richtete:

Berlin, den 11. August 1921.

Herrn L. J.

Auf den weiteren Inhalt Ihres Briefes erlauben wir uns nicht zu erwidern, daß die Kosten, welche die Lebenshaltung in Deutschland zurzeit erfordert, abhängig sind von der Größe der Familie und von den Ansprüchen, die gestellt werden. Eine Familie von drei Personen dürfte gegenwärtig zu ihrem Unterhalt eine Summe von 70 000 M. jährlich gebrauchen, wobei es ziemlich gleich bleiben dürfte, ob der Aufenthalt in Berlin oder Hamburg genommen wird. Im allgemeinen kann man sagen, daß das Leben in Deutschland augenblicklich ungefähr fünfzehnmal so teuer ist, als in der Vorkriegszeit.

Wir empfehlen uns Ihnen

hochachtungsvoll

Deutsche Bank.
Unterschriften.

Die Deutsche Bank macht also das wichtigste Einverständnis, daß das jährliche Existenzminimum für eine dreiköpfige Familie 70 000 Mark beträgt und daß die jetzigen Kosten der Lebenshaltung in Deutschland um fünfzehnmal höher als in der Vorkriegszeit einzuschätzen sind. Der Brief der Deutschen Bank bietet allen Organisationsvertretern bei Tarifverhandlungen ein wertvolles Beweismittel, um den Arbeitgebern darzumachen, daß die Entlohnung sehr weit hinter den gegenwärtigen Preisverhältnissen zurückbleibt.

Die Lohnbewegung in den Reichsbetrieben.

Die gewerblichen Arbeitnehmer der Reichsbetriebe und Verwaltungsbehörden, die im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert sind, hielten Freitag im Dresdener Kasino eine gut besuchte Vollversammlung ihrer Branche ab. Ueber den vorläufigen Abschluß der Lohnbewegung in den Reichs- und Staatsbetrieben referierte Th. Me. Er gab eine Uebersicht über die Vorgeschichte der Bewegung, über die bekannten Verhandlungen mit der Reichsregierung und das schließliche Resultat. Es war nicht möglich, bei den Verhandlungen eine gleiche Zulage für alle Arbeiter und unteren Beamten zu erzielen. Die Beamten der Gruppe I (niedrigste Gruppe) erhalten jetzt pro Jahr 1330 M., die Arbeiter über 21 Jahre aber 2496 M., Die obersten Beamten der Gruppe 13 haben dagegen eine Jahreszulage von 14 158 M. erhalten. Wenn man dem die Zulage von 1330 M. für die unteren Beamten entgegenhält, ergibt sich ohne weiteres das Ungerichte eines prozentualen Zuschlags, wenn die Grundgehälter nicht gleich sind.

Vorher für die Frauen und die männlichen Arbeitnehmer unter 21 Jahren die Teuerungszuschläge festgesetzt wurden, fand eine gemeinsame Konferenz des Vorstandes des Deutschen Transportarbeiterverbandes und der Abteilungsleitungen der dem Deutschen Verkehrsverband angeschlossenen Gruppen statt, die in einer Resolution bei Anerkennung beachtenswerter Zugeständnisse in einigen Punkten ihre Mißbilligung über die Ablehnung verschiedener Forderungen, namentlich auch der Forderung auf Gewährung einer gleich hohen Zulage für alle Gehaltsempfänger, aussprach und bedauerte, daß die auf Beseitigung der Differenzierung des Teuerungszuschlages in den Drisklassen gemachten Vorschläge abgelehnt worden seien. Die Konferenz betrachtete deshalb das Gesamtergebnis nicht als allgemein befriedigend, sondern nur als einen Schritt auf dem Wege zu der dringend notwendigen Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Nachdem Redner dann noch die Festsetzung der Zuschläge für die weiblichen Personen und der männlichen Arbeiter unter 21 Jahren würdigt hatte, bezeichnete er es als wichtig, daß man bei den Abmachungen an keinen bestimmten Termin gebunden sei. Die Instanzen der verhandelnden Gewerkschaften hätten dem Verhandlungsergebnis zugestimmt, um die Kollegen und Kolleginnen möglichst schnell in den Genuß der Zulagen kommen zu lassen. Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Gegen die Annahme des Verhandlungsergebnisses durch die berufenen Vertreter der Organisationen wurde kein Widerspruch erhoben. Dagegen wurde allgemein der Wunsch laut, daß die Organisation die Teuerungszuschläge stets im Auge behalte und im gegebenen Moment die nötigen Schritte tue, um der fortschreitenden Teuerung mit den Löhnen nachzukommen. Damit erübrigte sich ein Beschluß.

Auf die Entlassungen in den Betrieben, die infolge

des Verlangens der Entente in Aussicht stehen, ging dann der Verammlungsleiter Stifter ein. Er verwies darauf, daß scheinbar die Absicht bestehe, jenes Verlangen der Ententevertreter zu benutzen, um an einigen Stellen die Kollegen Lohnempfänger (Boten usw.) durch Beamte, durch liebe Kinder der Verwaltung, zu ersetzen. Dagegen, daß zielbewusste Arbeiter durch reaktionäre Beamte ersetzt werden, werde sich die Organisation energisch wehren.

Lohnkampf der Steinseher.

In einer gut besuchten Versammlung der Steinseher berichtete Otto Frihe über das Ergebnis der bisherigen Lohnverhandlungen. Der Redner wies zunächst darauf hin, daß die Forderung einer Erhöhung des Lohnes um 50 Proz. und 40-stündige Arbeitszeit beschlossen worden sei. Ferner sollte auf jeden fünften Beschäftigten ein durch den Arbeitsnachweis zu vermittelnder Arbeitsloser eingestellt werden.

Diese Forderungen wurden von den Unternehmern abgelehnt. Sie erklärten unter Berufung auf den bis zum Oktober geltenden Lohnstarif, sowie auf die derzeitige Konjunktur und die auf Grund der Submissionsbedingungen übernommenen Verpflichtungen, darauf nicht eingehen zu können.

Eine Verhandlung vor dem angerufenen Einigungsamt verlief erfolglos. Der Vorsitzende Schalkhorn habe die Erklärung abgegeben, daß eine Entscheidung des Einigungsamtes nicht zustande gekommen sei, weil ein Arbeitnehmerbeisitzer in der internen Sitzung gefagt habe, er werde von Vorgängen in dieser Sitzung der Öffentlichkeit Mitteilung machen.

Es war dann nochmals eine Besprechung mit den Unternehmern, bei der dieselben einen Lohnzuschlag von 60 Pf. anboten. Hierüber soll am Mittwoch verhandelt werden.

An der folgenden Aussprache beteiligten sich mehrere Redner. Allseitig wurde das unsoziale Verhalten der Unternehmer verurteilt. Doch wurde beschlossen, daß die Lohnkommission auf Grund des Angebots mit den Unternehmern am Mittwoch verhandeln soll.

Auffstehen! Der Herr Direktor kommt!

Am 3. August 1921 fällte der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin in Sachen der Kontoristin R. gegen die Firma Peddinghaus-Lexander-Wegermann folgende Entscheidung (Mittwoch A. II. 12 026/21 [30] e. 3. 8.): Die zum 31. Juli 1921 ausgesprochene Kündigung ist unwirksam. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Kontoristin R. weiter zu beschäftigen oder ihr eine Entschädigung von 420 M. (vierhundertzwanzig Mark) zu zahlen.

Gemäß § 87 Abs. 3 des Betriebsrätegesetzes hat innerhalb dreier Tage nach Kenntnis von dem Eintritt der Rechtskraft der vorstehenden Entscheidung der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer mündlich oder durch Aufgabe zur Post zu erklären, ob er die Weiterbeschäftigung oder die Entschädigung wählt. Erklärt er sich nicht, so gilt die Weiterbeschäftigung als abgelehnt.

Begründung: Die Kündigung ist nicht zu Recht erfolgt, denn der Arbeitgeber kann unmöglich von seinen Angestellten verlangen, daß sie den Druck durch Erhebung von den Vätern erwidern. Abgesehen davon, daß dies nicht allgemein üblich ist, kann durch ein solches Verlangen der Betrieb nicht unerheblich gestört werden. Die im § 84 Abs. 1, § 86 Abs. 1 BVO. gegebenen Form- und Fristvorschriften sind erfüllt. (Unterschrift.)

Seemannische Auskunftsbureau.

Die Binnenlandpresse bringt in letzter Zeit wieder häufiger Anzeigen, in denen „Seemannische Auskunftsbureau“ jungen Leuten, die zur See fahren wollen, ihre „Hilfe“ anbieten. Diese teuer bezahlte Hilfe besteht in Adressenvermittlung von Heuerbureaus. Bei der Ueberfüllung des seemannischen Berufs besteht aber für unerfahrene Leute so gut wie gar keine Aussicht, eine Chance zu erwischen. Wer Auskunft wünscht, wende sich unter Befolgung von Rückporto an die Reichsabteilung Seeleute im Deutschen Transportarbeiterverband, Hamburg 9, Schaarmarkt 12. Wir warnen nachdrücklich vor folgenden „Auskunftsbureaus“: Auskunftsbureau Jiegenhorn u. Schulz, Niederlöbnitz bei Dresden. — Seemannisches Auskunftsbureau in Leipzig-Söllern, Greifstraße 12. — Carl Schulz, Magdeburg. — Senff, Berlin-Friedrichshagen. — R. Laubert, Schleusingen. — B. Schirmer, Stendal, Rathenomer Straße. — Seemannisches Auskunftsbureau, Döppel i. D.-S., Postfach. — Bruno Schulz, Berlin R. 39, Panikstraße 89 III. — Auskunft Harms, Hamburg 36, Schließbach 112 A. 21. — Seemannisches Auskunftsbureau, Hamburg-Altona 76, Bahnhofstraße 38. — „Deutscher Anker“, Bordschholm, Bez. Kiel. — „Seemannsruh“, Auskunftsstelle für Seefahrtsverehr und Schiffspersonal, Kiel. — Seemannisches Auskunftsbureau, Oberbeuren bei Kaufbeuren.

Die Tages- und Gewerkschaftspresse wird um Abdruck ersucht. Deutscher Transportarbeiterverband.

Die Lohnbewegung im Gastwirtsgerwerbe.

Eine am Montagvormittag tagende Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute des Kartells der im Gastwirtsgerwerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen beschäftigte sich mit der Lage. Burde als Referent gab den Situationsbericht und teilte u. a. mit, daß die Arbeitgeber durch Rundschreiben aufgefordert worden sind,

die Auszahlung der bereits vorbehalten vereinbarten Teuerungszulage von 10 Proz. der bestehenden Tariflöhne für die Zeit vom 15. August bis 30. September, deren erstmalige Auszahlung am 20. September erfolgen sollte, nicht eher vorzunehmen, bis die kommenden Tarifverhandlungen auf friedlichem Wege erledigt seien.

In der regen Diskussion wurde das Vorgehen der Unternehmer als Tarifbruch gekennzeichnet. Die Vertreter der Handwerker, der Köche und des Hilfspersonals wiesen die Zumutung der Unternehmer, auf Kosten des Bedienungspersonals eine Erhöhung ihrer Bezüge anzunehmen, ganz entschieden zurück. Sie stellten sich geschlossen hinter die vom Kartell aufgestellten Gesamtforderungen. Die bisherigen Maßnahmen des Kartellvorstandes wurden ausdrücklich gutgeheißen und beschlossen, die Unterschrift unter die von den Arbeitgebern betriebsweise vorgelegten Rezerve abzulehnen. Nachfolgende Entschädigung wurde noch einem Schlußwort des Vorsitzenden Burde einstimmig angenommen: „Die am 19. September tagende Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute verurteilt auf das schärfste den Vorbruch der Unternehmerorganisationen bezüglich der Zahlung der 10 Proz. Teuerungszulage für die Zeit vom 15. August bis 30. September 1921. Die Versammelten verlangen, daß, bevor in neue Tarifverhandlungen eingetreten wird, die abgeschlossene Teuerungszulage an dem festgesetzten Tage zur Auszahlung gelangt. Geschieht dies nicht, so ist das Kartell beauftragt, die notwendigen Schritte zur Einlösung des gegebenen Wortes zu unternehmen.“

Tariffreie im Versicherungsgewerbe. Die von den am Tarifverträge beteiligten Angestelltenverbände eingeleitete Urabstimmung über den am 9. September gefällten Schiedspruch betr. die Neuregelung der Gehälter ab 1. September hat ergeben, daß der Schiedspruch mit überwältigender Mehrheit (über 90 Proz.) verworfen wurde. Wenn der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsgesellschaften nicht noch in letzter Stunde über den Rahmen des Schiedspruchs hinaus sich zu weiteren Zugeständnissen herbeiläßt, so trägt er die Verantwortung für alles weitere.

Verwaltungsmitglieder des Metallarbeiterverbandes! Die Bezirksleiter und Branchenseiter erlauben wir, uns umgehend, spätestens aber bis zum 22., geeignete Vorschläge von solchen Kollegen zu unterbreiten, die gewillt sind, das Amt eines Schöffen oder Geschworenen für das Jahr 1922 anzunehmen. Die Vorschläge geeigneter Kollegen, es kommen nur Kollegen über 30 Jahre in Frage, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, sind mit genauer Adressenangabe bis zum oben angegebenen Termin an uns zu übermitteln.

SPD-Funktionäre der städtischen Betriebe. Mittwoch, 6 Uhr, in den Subi-Sälen Konferenz. Vortrag des Genossen Richard Bernstein über: „Die Presse unsere Lebensfrage.“ — SPD-Betriebssekretariat.

SPD-Funktionäre der Siemens-Werke. Heute, 4 Uhr, Konferenz bei Marxand, Nonnendammallee. — Fraktionsortland.

Beamtenbund, Provinzialverband Berlin. Heute abend 8 Uhr im Beherenvereinshaus, Regendörpferplatz. Referent Dr. Heinz Pothof, Mühlhagen: „Die neue Steuererhebung“.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche der Geschäftskaufm., Lagerarbeiter usw.: Mittwoch 7 Uhr im „Englischen Hof“, Alexanderstr. 17. Versammlung der Betriebsräte, Deutscher und Vertrauensleute obengenannter Branche. Raumzahl des Branchenausschusses.

Werktätigenverband. Fachgruppe Graphische Berufe: Mittwoch 5 1/2 Uhr im Schallheide, Hülshorst 60. Branchenvorversammlung. Gehaltsbewegung. Das Erscheinen aller Werktätiger und Abteilungsleiter ist unbedingt notwendig.

Briefkasten der Redaktion.

Siegessäule. Das Wäfferschlachtentmal ist es, die Siegessäule 61 Meter hoch. — 2. 8. 14. Der Austritt muß dem Amtsgericht gegenüber erklärt werden. Wegen des Austritts müssen Sie sich an den evangelischen Pfarrer wenden. — 3. 8. 1. 1. Zweifelsfrei. Unseres Erachtens kein. 2. Rein. Sie können es auf die Entscheidung des Mietungsausschusses antommen lassen. — 4. 8. 27. Die Höhe der Summe können wir Ihnen nicht angeben, da hierfür das zuletzt bezogene ruhenshaltsschlesische Dienstverkommen maßgebend ist. Wenn Ihr Bräutigam vor Ablauf der zwölfjährigen Dienstzeit ausscheidet, so hat er nur Anspruch auf Verfertigung nach dem Reichsverdienstgesetz. — 5. 8. 27. Die Höhe der Summe können wir Ihnen nicht angeben, da hierfür das zuletzt bezogene ruhenshaltsschlesische Dienstverkommen maßgebend ist. Wenn Ihr Bräutigam vor Ablauf der zwölfjährigen Dienstzeit ausscheidet, so hat er nur Anspruch auf Verfertigung nach dem Reichsverdienstgesetz. — 6. 8. 27. Die Höhe der Summe können wir Ihnen nicht angeben, da hierfür das zuletzt bezogene ruhenshaltsschlesische Dienstverkommen maßgebend ist. Wenn Ihr Bräutigam vor Ablauf der zwölfjährigen Dienstzeit ausscheidet, so hat er nur Anspruch auf Verfertigung nach dem Reichsverdienstgesetz. — 7. 8. 27. Die Höhe der Summe können wir Ihnen nicht angeben, da hierfür das zuletzt bezogene ruhenshaltsschlesische Dienstverkommen maßgebend ist. Wenn Ihr Bräutigam vor Ablauf der zwölfjährigen Dienstzeit ausscheidet, so hat er nur Anspruch auf Verfertigung nach dem Reichsverdienstgesetz. — 8. 8. 27. Die Höhe der Summe können wir Ihnen nicht angeben, da hierfür das zuletzt bezogene ruhenshaltsschlesische Dienstverkommen maßgebend ist. Wenn Ihr Bräutigam vor Ablauf der zwölfjährigen Dienstzeit ausscheidet, so hat er nur Anspruch auf Verfertigung nach dem Reichsverdienstgesetz. — 9. 8. 27. Die Höhe der Summe können wir Ihnen nicht angeben, da hierfür das zuletzt bezogene ruhenshaltsschlesische Dienstverkommen maßgebend ist. Wenn Ihr Bräutigam vor Ablauf der zwölfjährigen Dienstzeit ausscheidet, so hat er nur Anspruch auf Verfertigung nach dem Reichsverdienstgesetz. — 10. 8. 27. Die Höhe der Summe können wir Ihnen nicht angeben, da hierfür das zuletzt bezogene ruhenshaltsschlesische Dienstverkommen maßgebend ist. Wenn Ihr Bräutigam vor Ablauf der zwölfjährigen Dienstzeit ausscheidet, so hat er nur Anspruch auf Verfertigung nach dem Reichsverdienstgesetz.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. W. G. Berlin; Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H. Berlin.

Gold- und Silbermünzen sollten vor dem Einschmelzen auf ihren Sammelwert geprüft werden. Robert Paul Racht, Berlin, Wilhelmstr. 46/47.

Stoffe I. Herren- u. Damenbekleidung
beste Fabrikate, grosse Auswahl
Verkauf meterweise
Koch & Seeland, G.m. Gertraudensir. 20/21 Gebr 1893

HANDARBEIT

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

AUSSTELLUNG

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Trikotagen	Blusen	Schürzen	Strümpfe
Herrenhemden mahofarbig, alle Gr. 31 ⁵⁰	Gabardine-Bluse mit aparten Streifen, offen und geschlossen zu tragen 49 ⁵⁰	Zierschürze mit Latz, Ballst, reich mit Stickerei besetzt..... 18 ⁵⁰	Damenstrümpfe Baumwolle gew. sch. 8 ⁵⁰ 11 ⁵⁰
Herrenhemden wellgemischt, alle Größen..... 35 ⁰⁰	Velours-Bluse aus prächtigen Stoffen, mit feinen farbigen Streifen 69 ⁵⁰	Zierschürze mit Latz, Ballst, reich bestickt, mit Ein- und Ansatz 26 ⁵⁰	Damenstrümpfe Baumwolle, gewebt, schwarz und farbig..... 12 ⁵⁰ 15 ⁵⁰
Herren-Beinkleider Baumwolle, mit angewärmtem Füller, alle Größen... 28 ⁵⁰	Tuchjumper in vornehmen Farben, mit Wollborste besetzt..... 128 ⁵⁰	Wiener Form mit Latz, Ballst, reich garniert..... 29 ⁵⁰	Damenstrümpfe Seidenfjor, gewebt, schwarz u. moderne Farben 18 ⁵⁰ 21 ⁵⁰
Herren-Beinkleider wellgemischt, alle Größen..... 32 ⁰⁰	Tuchjumper reine Wolle, mit elegantem Treppenbesatz, hochelegante Fason 159 ⁰⁰	Wiener Form mit Latz, blauwris gemusterte Kreuze..... 22 ⁵⁰	Damenstrümpfe reine Wolle, gewebt, schwarz..... 21 ⁵⁰ 36 ⁰⁰
Damen-Untertaillen 17 ⁵⁰ mit Arm 22 ⁵⁰	Trikotjumper Kunstseide schöne Modelleben, runder Ausschnitt, mit feicher Garnitur 169 ⁵⁰	Wiener Form mit Latz, türkisch gemusterte Stoff, hübsch garniert. 27 ⁵⁰	Herrensocken Baumwolle, gestrickt, meliert..... 6 ⁵⁰ 8 ⁵⁰
Damen-Schlupfhöschen Baumwolle, farbige, alle Größen..... 19 ⁷⁵	Trikotjumper Kunstseide mit Krage, offen u. geschlossen zu tragen, leichte Form 195 ⁰⁰	Blusenschürze mit Latz, aus guten Stoffen..... 29 ⁵⁰	Herrensocken gestrickt, starke Qualität, grau..... 9 ⁷⁵ 12 ⁵⁰
Damen-Reformhosen inerinie, mit angewärmtem Füller..... 45 ⁰⁰			Herrensocken gestrickt, starke Qualität, grau..... 9 ²⁵ 11 ⁵⁰
Kinderleibhöschen 21 ⁵⁰ Größe 90-100 24 ⁵⁰	Sportjacken für Damen, reine Wolle, in allen Farben..... 325 ⁰⁰	Damenstrümpfe Kunstseide, schw. u. weiss, mit kleinen Fehlern 12 ⁵⁰	Herrensocken reine Wolle, gestrickt, meliert..... 16 ⁵⁰ 19 ⁵⁰

HERMANN TETZ